

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Anschrift:

Willi-Sander-Platz 6 • 24943 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr Mittwoch, 09.00-16.00

Uhr Telefon (04 61) 2 67 08 • Telefax (04 61) 2 67 09 E-Mail: [grenz-
friedensbund@foni.net](mailto:grenz-
friedensbund@foni.net)

Außerhalb der Geschäftszeit (04 61)5 05 40
97

Beitrag:

20 DM für Einzelmitglieder 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Sparkasse NF Husum (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT Seite

*Johannes Jemen, Martin und Orla Lehmann -
Vom gesamtstaatlichen Denken zum dänischen
Nationalismus im 19. Jahrhundert.....*180

*Frauke Jessen
Harald W. Lauesen (1913-1989)
deutsch-dänisches Malerleben.....*204

*Karen Margrethe Pedersen
Die dänische Sprache in der dänischen Minderheit.....*230

*Rolf Fischer / Renate Schnack
I. Dialog Grenzfriedensbund.....*220

Umschau ab Seite 244

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 3 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P), Süderstraße 14, 25813 Husum
Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15, 24955 Harrislee
Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55, 24939 Flensburg
Redaktionsanschrift: Willi-Sander-Platz 6, 24943 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH, Graf-Zeppelin-Straße 22, 24941 Flensburg
Telefon 04 61 / 9 33 04 • Telefax 04 61 / 9 43 55 • E-mail: cicero-mc@t-online.de
Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Martin und Orla Lehmann

Vom gesamtstaatlichen Denken zum dänischen Nationalismus im 19. Jahrhundert

von JOHANNES JENSEN

Im Februar 2000 feierten die beiden ältesten deutschen Institutionen in Kopenhagen, die Sankt-Petri-Gemeinde und die Sankt-Petri-Schule, ihr 425-jähriges Bestehen. Gleichzeitig konnte die gesamte Anlage der Sankt-Petri-Kirche mit den Außenanlagen nach dem Abschluss einer umfassenden Restaurierung feierlich wieder eingeweiht werden. Diese Restaurierung war möglich geworden, nachdem 1994 die Gesamtverantwortung für die Gebäude der Kirche an den dänischen Staat übergegangen war.

Seitdem die Sankt-Petri-Kirche und ihre Grabkapellen nun zum ersten Mal öffentlich zugänglich geworden sind, ist durch die zahlreichen Besucher das große Interesse der dänischen Öffentlichkeit an diesem historischen Denkmal deutlich geworden. Das ist erfreulich und auch sehr gut zu verstehen, denn in diesen Anlagen spiegelt sich sehr anschaulich die Zeit der vom 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts so fruchtbaren deutsch-dänischen Beziehungen. Die deutschen Vorfahren von unzähligen heute dänischen Familien haben hier ihre Integration in die dänische Gesellschaft begonnen, und viele haben hier ihre letzte Ruhestätte gefunden. Auch für die deutschen Besucher Kopenhagens, und insbesondere für die aus den ehemaligen Herzogtümern Schleswig, Holstein und Lauenburg, dürfte die Öffnung der Sankt-Petri-Anlagen ein wichtiger Grund sein, sie zukünftig in ihr Besichtigungsprogramm mit einzubeziehen. Denn gewiss die meisten Menschen aus den Herzogtümern, die in der Zeit der mit Dänemark gemeinsamen Geschichte bis 1864 sich kürzer oder länger in ihrer damaligen Hauptstadt Kopenhagen aufgehalten haben, sind Mitglieder der Sankt-Petri-Gemeinde gewesen. Daneben gab es allerdings auch deutsche Gemeinden bei der Garnisonskirche und auf Christianshavn.

Viele Gemeindeglieder von Sankt Petri haben in Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Kultur oder in Handwerk und Geschäftsleben eine hervorragende Bedeutung gehabt. Einige von diesen, aber auch ein paar weniger bekannte Gemeindeglieder stellt das Buch „Sankt Petri Kopenhagen 1575-2000“ vor, das Jürgen Beyer und Johannes Jensen im Auftrag des Sankt-Petri-Kirchenrates zum Jubiläum herausgegeben haben.¹

Die Grenzfriedenshefte haben schon 1986 und 1994 Aufsätze von Johannes Jensen über die Geschichte der Sankt-Petri-Gemeinde und der Sankt-Petri-

Schule veröffentlicht.² In dem jetzt erschienenen Buch hat er die in dem Aufsatz von 1986 begonnene Untersuchung der erfolgreichen Abwehr der Versuche nationalsozialistischer Einflussnahme auf die Schule durch die Sankt-Petri-Schulkommission in der Zeit von 1932 bis 1945 anhand neuer Quellenfunde über den Einsatz des Großkaufmanns Peter de Vos und des Hauptpastors Werner Görnandt weiter vertiefen können.³

Die Grenzfriedenshefte bringen hier die von Johannes Jensen in dem neuen Buch über Sankt Petri erzählte Geschichte der von dem Pastorensohn Martin Lehmann aus Haselau in Holstein 1809 gegründeten deutsch-dänischen Familie Lehmann. In ihr spiegelt sich beispielhaft der für die deutsch-dänische Geschichte der kommenden 150 Jahre und insbesondere für das Herzogtum Schleswig so problematische Übergang von der vernationalen und mehrsprachigen Ordnung des nach 1815 dänisch-schleswig-holstein-lauenburgischen Gesamtstaates zum in der Tendenz einsprachig-dänisch angelegten dänischen Nationalstaat. Martin Lehmann, der ein engagierter Anhänger dieses Gesamtstaates war, musste erleben, dass sein ältester Sohn Orla einer der wichtigsten dänischen nationalliberalen Politiker wurde und wesentlich zum Zusammenbruch der politischen Kultur und der Welt seines Vaters beitrug.

Der heutige Leser wird erstaunt sein, mit welcher Sicherheit der Gesamtstaatler Martin Lehmann mit seiner noch aus den besten Denktraditionen der Aufklärung herrührenden kritischen Vernunft bereits im Jahr 1816 die Gefahren und Verwüstungen vorausgesehen hat, die eine nationalistische Politik später tatsächlich anrichten sollte, zunächst von dänischer Seite in Mittelschleswig, dann von preußisch-deutscher Seite in Nordschleswig.

Auch die Gründer des Grenzfriedensbundes von 1950 hatten das Ziel, die aus diesem Konflikt herrührenden und auch damals wieder aktuellen Probleme im deutsch-dänischen Verhältnis zu überwinden.

Die Redaktion

1. Martin Lehmann

Martin Christian Gottlieb Lehmann -

* 16. 3. 1775 in Haselau (Holstein), † 4. 10. 1856 in Kopenhagen

Martin Lehmann gründete 1809 durch die Heirat mit Frederikke Louise Bech, der Tochter eines früheren Bürgermeisters von Kopenhagen, eine deutsch-dänische Familie, die in vielerlei Weise als eine typische Sankt-Petri-Familie ihrer Zeit angesehen werden kann. Ihre Nachkommen sind wie die vieler rein deutscher oder deutsch-dänisch gemischter Sankt-Petri-Familien alle in die dänische Gesellschaft integriert worden, und viele haben in ihr wichtige und

bedeutende Stellungen eingenommen.

Sein ältester Sohn Orla Lehmann wurde sogar einer der wichtigsten dänischen nationalliberalen Politiker im 19. Jahrhundert. Er hatte großen Einfluss auf das Ende der absolutistischen Regierungsform 1848 und auf die Entstehung und den Text der ersten demokratischen Verfassung in Dänemark, des Grundgesetzes von 1849.

Allerdings hatte er auch eine große Mitverantwortung für die riskante dänische Nationalstaatspolitik in Schleswig, die 1864 zum vorläufigen Verlust des ganzen Herzogtums Schleswig und zum endgültigen Ende des seit 1815 dänisch-schleswig-holstein-lauenburgischen Gesamtstaates führte. Damit wirkte er mit an der Zerstörung der Welt, der sein Vater mit großem Engagement gedient hatte.

Martin Lehmann war der älteste Sohn des Pastors Johann Gottlieb Lehmann in Haselau, Holstein.⁴ Er hatte nach dem Besuch des Christianeums in Altona, das er mit Auszeichnung (*luvenis elegantissimus*)⁵ verließ, zunächst Theologie, dann aber mehr und mehr Philologie und Naturwissenschaft an der damals europaweit angesehenen Universität Göttingen studiert. Dort erwarb er die große Goldmedaille mit einer Arbeit über „Die Sinnesorgane der Insekten“. Er wurde 1799 mit einem verwandten Thema zum Doktor der Philosophie promoviert und am naturgeschichtlichen Museum in Göttingen angestellt. Eine Bildungsreise durch Europa konnte er nicht selbst finanzieren. Aber aus England erhielt er die Aufforderung, die Studien eines jungen Adligen auf dessen Europareise zu leiten. Die Reise wurde jedoch zuerst aufgeschoben und dann ganz aufgegeben, denn der Friede auf dem europäischen Festland nach den Kriegen im Gefolge der Französischen Revolution war eine Voraussetzung gewesen. Und die erfüllte sich nicht. Stattdessen erhielt Lehmann einen lehrreichen vierjährigen Aufenthalt in einer angesehenen englischen Whig-Familie. Von den lebhaften Erzählungen seines Vaters über die ihn sehr beeindruckenden Verhältnisse in der englischen parlamentarischen Monarchie hat sein Sohn Orla später gesagt, sie hätten die erste Grundlage für seine politische Erziehung gebildet. Auf dem Rückweg über Paris lernte Martin Lehmann Hans Christian Ørsted (1777-1851) kennen, der sich am Ende seiner Bildungsreise durch Deutschland und Frankreich bis 1804 dort aufhielt. Er wohnte eine Zeitlang mit ihm zusammen und begründete hier schon seine lebenslange Freundschaft mit dem großen Physiker. Zurück in Göttingen erwartete ihn das Angebot einer Professur an der jungen Universität Moskau, das er ablehnte, weil er lieber in seiner Heimat wirken wollte. Er wandte sich deshalb an den Herzog Friedrich Christian von Augustenburg, den er schon von einem Zusammentreffen in Bad Pymont her kannte. Dieser war eine Art dänischer Kultusminister und immer auf der Suche

nach guten Wissenschaftlern für die Forschung und den höheren Unterricht, und Lehmann erfüllte als Holsteiner die Bedingungen des Indigenatsgesetzes (*indfødsretsloven*) von 1776. Er konnte ihm zwar die versprochene Professur in Kiel nicht verschaffen, verhalf ihm aber 1804 zu einer Anstellung im dänischen Staatsdienst als Assessor am General-Landökonomie- und Kommerzkollegium. „Und so ging es zu, daß sein Sohn weder ein Russe noch Schleswigholsteiner (*Slesvigholstener*) wurde“, schrieb Orla Lehmann später in seinen Erinnerungen.⁶

Er bekam gleich viel zu tun. Schon 1805 arrangierte er die erste große dänische Industrieausstellung in Kiel. Sie erregte Aufmerksamkeit in weiten Teilen Europas, und Martin Lehmann hatte sich als ein praktischer Mann mit einem Blick für die aktuellen Entwicklungen erwiesen. Auch begann er, sich publizistisch für die Entwicklung der dänischen Wirtschaft einzusetzen. So schrieb er über die Korbmacher in Kopenhagen, das Klöppelhandwerk in Tondern und die Fischerei an den dänischen Küsten. In einer anderen Arbeit schlug er die Anwendung von Tang statt Rosshaar zum Polstern und in Matratzen vor, eine Idee, für die er sich lange einsetzte, denn lang wäre in Dänemark ein wesentlich billigerer Rohstoff.

Von 1810 bis 1814 war er einer der Herausgeber der gut informierten und redigierten Handels- und Industriezeitung (*Handels- og Industritidende*).

Ein schwerer Rückschlag für ihn war das Bombardement Kopenhagens durch die Engländer 1807, durch das er einen großen Teil seiner wertvollen naturwissenschaftlichen und literarischen Sammlungen verlor.

Lehmann stieg in der staatlichen Hierarchie mit der Zeit auf zum Etatsrat und Konferenzrat (1840). Ab 1817 bekleidete er das neugeschaffene Amt des Fabrikdirektors mit der Aufgabe, sich für die Entwicklung der industriellen Gewerbe einzusetzen. Als solcher hatte er auch den staatlichen Industriefonds zur Unterstützung neuer Unternehmensgründungen zu verwalten. Ab 1831 wurde er Chef für das Kanal-, Hafen- und Leuchtfeuerwesen. In diesem Amt sorgte er u. a. für eine starke Erweiterung des Hafens von Helsingør und beim Leuchtfeuer für den Übergang vom Kohlen- zum Lampenfeuer. 1832 wurde er Deputierter im Generalzollkammer- und Kommerzkollegium.⁷

Als er 1804 nach Kopenhagen kam, waren die guten Zeiten nach der glücklichen Reformperiode in der dänischen Politik und des Reichtums aus der Blütezeit des dänischen Handels noch nicht ganz zu Ende. Und er passte mit seiner Bildung genau hinein in das deutschgeprägte Salonmilieu der Friederike Brun und Charlotte Schimmelmänn. Mit Hans Christian Ørsted und dessen Bruder Anders Sandpe Ørsted (1778-1860), einem Juristen und gesamtstaatlich eingestellten Politiker, mit dessen Frau Sophie und ihrem Bruder, dem Dichter Adam

Oehlenschläger, sowie später auch mit dem Dichter Jens Baggesen bildete er bald einen stark geistig und literarisch interessierten Kreis. Seinem noch unveröffentlichten Tagebuch hat er später seine Qualen mit einer heftigen, platonisch gebliebenen Schwärmerei für Sophie Ørsted anvertraut. Diese hatte begonnen, als er 1804 als Junggeselle nach Kopenhagen gekommen war.⁸

Obgleich Martin Lehmann in eine rein dänische Familie eingehiratet hatte, blieb seine geistige Prägung immer deutsch. Auch vergaß er nie, dass er einmal Forscher und Lehrer an der Universität hatte werden wollen. Auf seinem naturwissenschaftlichen Forschungsgebiet hielt er sich laufend über die neuesten Entwicklungen orientiert, und bald hatte er sich auch in Dänemark einen guten Ruf auf diesem Gebiet erworben. Schon 1808 wurde er Sekretär der Kommission zur Errichtung eines naturhistorischen Museums in Kopenhagen, und von 1829 bis zu seinem Tod war er dessen Direktor. Auch nahm er jede sich bietende Gelegenheit wahr, um sich als Lehrer zu betätigen, zunächst in der eigenen Familie. Nach dem Tode seines Vaters hatte er am 3. März 1807 in Kopenhagen die Erziehung seines damals erst fünfzehnjährigen jüngsten Bruders Christian übernommen. Er hat ihn offensichtlich bis zur Universitätsreife und auch noch während des naturwissenschaftlichen Studiums unterrichtet und gefördert. Vermutlich mit einem Reisestipendium, das er ihm durch Ernst Schimmelmann besorgt hatte, machte Christian von 1812 bis 1814 eine Bildungsreise.⁹ Es war für Martin Lehmann eine große Befriedigung, dass dieser jüngste Bruder durch seine Mithilfe erreichte, was er selbst nicht geschafft hatte. Am 3. März 1818 wurde Christian Lehmann zum Professor für Naturgeschichte in Hamburg ernannt, wo er später auch Direktor des dortigen Botanischen Gartens wurde. Genau an diesem 3. März 1818 hatte Martin Lehmann in Kopenhagen mit seinem erst knapp acht Jahre alten Sohn Orla, „das erste Latein“ zu lesen begonnen. „Möchte meinem Sohn der Unterricht so gut gedeihen wie meinem letzten Bruder!“, notierte er im Tagebuch. Von nun an widmete er viel von seiner freien Zeit dem Unterricht seiner eigenen Kinder.¹⁰

Seit der historisch gewordenen Gemeindeversammlung am 16. Mai 1814, als die nach der weitgehenden Zerstörung der Kirche während des englischen Bombardements 1807 fast ausgelöschte Sankt-Petri-Gemeinde sich wieder aufzurichten begann, gehörte Lehmann zu ihren wichtigen Stützen. Er war nämlich auf dieser Versammlung, „bloß bekannt durch meine Äußerungen auf der Stelle, zum Elegierten ... ehrenvoll gewählt“ worden. „Dies gab mir wahre Freunde, viel Arbeit und Kampf gegen Ungerechtigkeit - auch hier der Dornen nicht wenige“, heißt es dazu im Tagebuch.¹¹ Der neue Hauptpastor Dr. Kochen mußte 1824 durch eigene Schuld sein Amt verlassen, und Martin Lehmann mischte sich - „unter der Hand, aber kräftig“ - zusammen mit dem königlichen

Patron Ernst Schimmelmann ein, um die Wahl von Dr. Johannsen als neuem Hauptpastor gegen einen Pastor Düssei durchzusetzen.¹²

Sein aktiver Einsatz in der Sankt-Petri-Gemeinde gab ihm auch neue Möglichkeiten als Lehrer. Als sein Sohn Orla in die damals neugegründete Sankt-Petri-Realschule gekommen war, übernahm er aus reiner Begeisterung für sein Fach und den Lehrerberuf den Unterricht in der für die Schule völlig neuen Naturgeschichte. Gleichzeitig trat er in die Schulkommission ein, wo er tatkräftig das später gescheiterte Projekt unterstützte, der Schule eine Lateinklasse anzugliedern, d. h. eine Gymnasialklasse, die ihren Schülern den Zugang zur Universität öffnen sollte. Das gab gerade für ihn wieder viel zu tun und viel Ärger, als die Schule gegen ungerechtfertigte öffentliche Angriffe auf ihre pädagogische Linie verteidigt werden musste.¹³

Lehmann war ein überzeugter Anhänger des dänischen Gesamtstaates und auch des dänischen aufgeklärten Absolutismus, solange er zu inneren Reformen fähig gewesen war. Seit aber König Friedrich VI. den Staatsrat mehr und mehr ausgeschaltet hatte und zur Alleinregierung übergegangen war, erlebte und kritisierte auch er die zunehmende Erstarrung der Arbeit in den Regierungskollegien. Am Neujahrstag 1815 war er im Rückblick auf das Jahr 1814 tief pessimistisch: „Dänemark verlor Norwegen, verlor Achtung ... Ehre, Redlichkeit, Tugend. Die Regierung übt und sanktioniert Ungerechtigkeit, Betrug. Der Nationalcharakter ist verderbt, Gier, Raubsucht, Feigheit, Kriecherei ist an die Stelle der Rechtlichkeit und des Stolzes getreten.“ Und dann verglich er das Dänemark der glücklichen Reformperiode von 1784 bis ca. 1800¹⁴ mit der Zeit danach: „Wer die Wirkungen der Freiheit und der Sklaverei kennen will, sehe bloß, was dieses Volk wurde unter der sozusagen republikanischen Regierung, die unter C7 [Christian VII.] hier geführt wurde, und unter dem Adjutanten-Despotismus, dem F6 [Friedrich VI.] den Namen lieh.“ Lehmann glaubte jedoch feststellen zu können: „Am wenigsten haben noch die Herzogtümer verloren an dem Edelsten, an Rechtlichkeit und Charakter, von daher ist noch Regeneration zu hoffen, oder man muß an allem Zweifeln.“ Er wusste, „so vielen Völkern“ südlich von Dänemark „lächelt die Hoffnung“ nach dem Sieg über Napoleon. „Laß mich auch hoffen für mein Vaterland! Und ich denke, eine neue Periode kann beginnen.“ Er zog also Bilanz: Der Verlust Norwegens enthielt in seinen Augen auch eine Chance, denn „das [dänisch-norwegische] Zwillingreich bestand aus widersprechenden Stoffen, die sich nicht vereinigen lassen“. Die dafür zu erwartenden Entschädigungen im Süden - Dänemark erhielt 1815 das Herzogtum Lauenburg zugesprochen - müssten „die Augen der Regierung mehr auf die kraftvollen rechtlichen Menschen ziehen, die uns mit den deutschen Völkern verbinden. Kultur, Freiheit und liberaler Sinn wird von daher sich ausbreiten.“

Der deutsche Holsteiner Lehmann, mit einer dänischen Ehefrau und Kindern, die in beiden Kulturen und Sprachen aufwuchsen, durchdachte hier ganz konsequent die Zukunftsfähigkeit des bikulturellen und bilingualen Gesamtstaates, dem er diente. Für ihn kam es nun darauf an, aus dem verbleibenden dänisch-schleswig-holstein-lauenburgischen Rest ein neues Ganzes zu machen. „Wollen wir dem Wink der Himmlischen folgen, so wird Einheit im Charakter, in der Politik und in der Kultur uns zu einem neuen Volke machen.“ Den Begriff eines „neuen“ Volkes definierte er also durch „Einheit im Charakter, in der Politik und in der Kultur“, nicht durch eine Sprache, denn beide Sprachen mussten in diesem neuen dänisch-deutschen Staatsgebilde gleichberechtigt sein, wenn dieser Prozess gelingen sollte.¹⁵

Lehmann registrierte aber bald, dass die Entwicklung in Dänemark auch in eine ganz andere Richtung gehen konnte, in der die Muttersprache als das Hauptmerkmal für die Zugehörigkeit zu einem Volk gelten würde. Er selbst stand gerade überall dort in der Schnittfläche, wo es darauf ankam, dass beide Sprachen gleichberechtigt nebeneinander bestehen konnten: In seiner eigenen deutsch-dänischen Familie, in der dänisch-deutschen Staatsverwaltung und auch in der Sankt-Petri-Gemeinde in Kopenhagen mit ihren Schulen, in der er gerade eine Rolle zu spielen begann. Er erkannte auch bei den ersten Anzeichen, dass dies problematisch sein würde in allen diesen Zusammenhängen, insbesondere aber für das Fortbestehen des Gesamtstaates überhaupt. Und er meldete sich zu Wort. In seinem Tagebuch notierte er am 7. Januar 1816, er habe „eine kräftige Abhandlung über die Sprache in Schleswig“ geschrieben. Sie erschien noch im selben Jahr anonym als Anhang zu der historisch-staatsrechtlichen Untersuchung des bedeutenden Kieler Juraprofessors Nikolaus Falck über „Das Herzogtum Schleswig in seinem gegenwärtigen Verhältnis zu dem Königreich Dänemark und zu dem Herzogtum Holstein“.¹⁶ Diese Schrift Falcks begründete die schleswig-holsteinische Rechtsauffassung, dass Schleswig und Holstein eine von Dänemark unabhängige staatsrechtliche Einheit bildeten. Sie ist also ein zentrales Dokument in der beginnenden Auseinandersetzung um das Herzogtum Schleswig. Falck war Gesamtstaatler und strebte mit seiner Untersuchung lediglich die Anerkennung und Berücksichtigung der besonderen regionalen Verhältnisse Schlesiws und Holsteins an, also eine eher föderalistische statt der aus dem Absolutismus überlieferten zentralistischen Struktur des Gesamtstaates, nicht seine Auflösung. Falck gehörte auch zu den später so genannten „älteren Liberalen“, die nach der Befreiung von dem napoleonischen Joch eine staatsbürgerliche Mitbestimmung in verfassungsmäßigen Verhältnissen erreichen wollten, und zwar auch in Anknüpfung an die in Schleswig und Holstein vielfach vorhandenen historisch gewachsenen kommunalen und land-

schaftlichen Selbstverwaltungen.¹⁷

Diesen Hintergrund muss man kennen, um ermessen zu können, dass Lehmanns kleine anonyme Schrift über die sprachlichen Verhältnisse in Schleswig in einem für die Geschichte des Gesamtstaates und des deutsch-dänischen Verhältnisses in der Zukunft sehr bedeutenden Zusammenhang erschien. Auch Falck muss die Bedeutung des Themas erkannt haben, da er sie als Anhang zu seiner grundlegenden Untersuchung aufnahm. Lehmann kannte ihn, er war von 1810 bis 1814 als Kanzlist und später als Kontorchef in der Schleswig-Holsteinischen Kanzlei in Kopenhagen sein Kollege gewesen: Lehmann meinte auch gerade Leute wie Falck in Kiel, als er am Neujahrstag 1815 notierte, dass „Freiheit und liberaler Sinn“ sich vom Süden her ausbreiten würden.

Der Anlass für Lehmanns Schrift von 1816 war folgender: Ende 1815 war in den Kopenhagener Zeitungen von einem „Bürger, dem der dänischen Sprache Ruhm und Recht am Herzen liegt“, der Aufruf zur Beteiligung an einer Preisaufgabe über die dänische Sprache im Herzogtum Schleswig erschienen.¹⁸ Es sei „bekannt und bewiesen“, hieß es nach der Übersetzung Lehmanns dort einleitend, „daß in Süd-Jütland oder dem Herzogtum Schleswig die dänische Sprache ursprünglich die herrschende und allgemeine Landessprache gewesen ... und daß die Einwohner nicht minder echte und eingeborene Dänen waren und es sind, als die Nord-Jüten“. Seither habe aber die deutsche Sprache „beinahe gänzlich die dänische Sprache“ als Verwaltungs-, Rechts-, Kirchen- und Unterrichtssprache verdrängt, „zum Teil auch als Umgangssprache in den Städten und vornehmeren Zirkeln, da sie doch noch immer als Muttersprache von dem allergrößten Teile des gemeinen Volkes gebraucht wird“. Gewünscht wurde „eine umfassende historisch-politische Untersuchung über diesen Gegenstand, auch in der Absicht“, hieß es dann, dass sie „zur Kenntnis der Mittel führen möchte, die für passend und wirksam angesehen werden könnten, der Sprache ihr altes Recht wieder zurück zu geben.“ Dazu hieß es dann in der Fragestellung u.a.: „Welches sind die Mittel, wodurch die dänische Sprache als des Landes älteste allgemeine Sprache, wieder die allgemeine werden könnte ... und Sønderjylland auf die Weise mit Rücksicht auf die Sprache wieder werden würde, was es vorhin gewesen, eine dänische Provinz.“¹⁹

Gegen diese so deutlich ausgesprochene nationalpolitische „Absicht“ der gestellten Preisaufgabe, deren Untersuchungsergebnis nicht wissenschaftlich offen, sondern so eindeutig auf ein im Voraus formuliertes Ziel gerichtet sei, beehrte Martin Lehmann auf. Bei der aufgeworfenen Fragestellung handele es sich nämlich nicht um eine private, sondern um eine „öffentliche Sache, die von der höchsten praktischen Bedeutung werden“ könne. Da solle es „in Zeiten gesagt sein, wessen man sich dabei zu versehen habe, damit Männer von Kraft

und Mut einer heillosen Verblendung zuvorkommen.“²⁰ Es sei „von nichts Geringerem die Rede, als einem bedeutenden Teile unserer Mitbürger ihre Muttersprache zu nehmen und ihnen eine andere aufzudringen.“ An anderer Stelle nannte er es polemisch überspitzt die Absicht, „dem Schleswiger deutscher Zunge seine Sprache entreißen und dem Herzogtum das Brandmal einer eroberten Provinz auf die Stirne setzen zu wollen.“²¹ Europa habe aber „der Verwirrungen, auch der Sprachunterdrückungen, in den Tagen des [napoleonischen] Schreckenssystems“ genug gehabt, und es zeige „die größte Unvorsichtigkeit, wenn nichts Ärgeres, jetzt, da wir in Liebe und Eintracht daran arbeiten sollten, die schweren Wunden zu heilen, aus der Hauptstadt Dänemarks mit einer Maske wissenschaftlicher Untersuchung zu verkünden, daß man im Ernst auf Mittel denke, einer großen Zahl unserer Mitbürger ihre Muttersprache zu rauben“. Wohl bürge „der sinnige wohlbedachte Gang der Regierung, ... die Einsicht und Tugend so manches Edlen im [Staats-]Rat, ... auf alle Fälle die Kraft des Volkes und der Wert der öffentlichen Stimme in einem kräftigen Volke“ dafür, dass es nicht so weit kommen werde. Aber selbst der Versuch drohe, „die Eintracht und das Vertrauen auf Generationen zu zerstören. Und daher erhebe in Zeiten seine Stimme, wer sein Vaterland liebt...!“ Welche historische Ursache auch immer das Vordringen der deutschen Sprache in Schleswig gehabt haben möge, so sei sie als Muttersprache den Bewohnern doch jetzt ebenso teuer wie „dem Dänen die seinige“.²²

Lehmann erkannte an, dass Dänisch im nördlichen Teil von Schleswig, wo es auch Sprache der Kirche und Schule sei, wirklich die Landessprache war.²³ Er warnte aber davor, dort, wo ein dänischer Dialekt gesprochen werde, die Sprache in Kirche und Schule aber Deutsch sei, übereilt die hochdänische Sprache einzuführen. Dabei komme das „heilige Interesse der Religiosität des Volkes in Berührung“. Wenn man dem Volk die Bibel in der Sprache, in der sie ihm heilig sei, wegnehmen wolle, würde es im besseren Falle um sich schlagen, „und tut es das nicht, ist es um seine Religiosität geschehen“.²⁴

Auch weigerte er sich, „eine gehässige Parallele zwischen Sprache und Sprache unseres gemeinschaftlichen Vaterlandes“ zu ziehen. Dies sei ihm „umso mehr fremd, da er sich mit deutscher Vorurteilslosigkeit seit Jahren mit der dänischen Sprache beschäftigt, sich an ihrer Fülle, ihrer Biagsamkeit, ihrem Wohlhlaute und an den ästhetischen Produkten derselben ergötzt“ habe. Er wünsche „ihre allgemeinere Bekanntschaft in Deutschland und in dem gemeinschaftlichen Vaterlande zunächst.“ Eben deswegen schmerze ihn „die insolente Absicht ..., die, wenn sie Unterstützung fände, einen Haß gegen diese Sprache erregen würde, der bei unseren Enkeln und ihren Enkeln nicht zu besänftigen wäre“.²⁵ Beim Rückblick auf das Jahr 1816 notierte Lehmann

in seinem Tagebuch zu dieser Veröffentlichung: „Das Ding hat Aufsehen gemacht, um so mehr als man den Verfasser der derben Rede nicht kannte.“ Und er gelobte sich selbst, dass er nicht unterlassen wolle, „an den lebhaften Verhandlungen des Vaterlandes über sein Recht und Wohl teilzunehmen, um so mehr da man mich in Holstein so lebhaft dazu aufgefordert hat.“²⁶

Den Kenner der schleswig-holsteinisch-deutschen und der dänischen Geschichte der ca. 150 Jahre, die auf diesen frühen Diskussionsbeitrag zu einer sich ankündigenden nationalistischen Sprachenpolitik folgten, schlägt es mit Erstaunen, mit welcher Sicherheit Lehmann schon 1816 alle Gefahren und Verwüstungen vorausgesehen hat, die eine solche Politik zunächst von dänischer, danach von preußisch-deutscher Seite später tatsächlich angerichtet hat. Die negativen emotionalen Auswirkungen auf deutscher wie auf dänischer Seite haben, verstärkt und neu belebt durch die Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg, noch bis lange danach angehalten. Für Lehmann muss es besonders enttäuschend gewesen sein, dass sein Traum von der Überlebensfähigkeit des zweisprachigen Gesamtstaates nicht in Erfüllung ging. Dänemark machte sich auf den Weg in den einsprachigen Nationalstaat. Eine Ironie der Geschichte und geradezu tragisch für ihn war es, dass sein eigener Sohn Orla als nationalliberaler Politiker sogar eine Hauptrolle dabei spielen sollte. Auch dies hat er frühzeitig gespürt. So gibt es eine Tagebuchnotiz vom 25. April 1830 - Orla war noch nicht zwanzig Jahre alt -, in der er notiert hat, dass er mit seinem jüngeren Sohn Julius, der als Seekadett auf eine längere Seereise gehen soll, „noch zusammen kommunizieren wolle. Dass dieses gereiche zu gegenseitiger Liebe und regerem Anschließen“. Dies diente ihm als Stichwort für den nach einem vielsagenden Gedankenstrich folgenden Stoßseufzer: „ - zumal mit Orla, dessen Verdänung nach dem Beispiel so vieler hiesigen jungen Leute mir vielen Kummer macht und ihn mir mehr und mehr entfremdet hat. Ich hoffe sein guter Verstand wird über den Provinzialismus die Oberhand gewinnen und sein Herz nicht erkaltet werden in dem Klima der Erkaltung. Ich will das Meinige dazu tun, dazu gebe mir Gott seinen Segen.“²⁷

Aber Orla setzte erfolgreich seine bedeutende dänische Politikerkarriere bis zu ihrem Höhepunkt in den Märztagen des Revolutionsjahres 1848 fort. Von seinem Vater aber musste seine Frau Maria ihm während des Krieges um Schleswig im April 1849 in einem Brief berichten, dass dieser in Kopenhagen „die Familie und andere beleidigt, weil er es nicht verbergen kann, daß er sich über die [militärischen] Fortschritte der Schleswig-Holsteiner freut“.²⁸ Martin Fehmann erlebte noch die Niederlage der Schleswig-Holsteiner in der Schlacht bei Idstedt 1850 und die von den europäischen Mächten erzwungene Wiederherstellung des dänischen Gesamtstaates. Wie er darüber gedacht

hat, ist uns nicht überliefert. Er starb am 4. Oktober 1856 in Kopenhagen. Das Lehnrannsche Familienbegräbnis befindet sich gleich rechts neben dem Eingang zum Kräutergarten mit Gedenktafeln an der Wand; für Martin Fehmann (mit Porträtmedaillon), für seine dänische Frau Frederikke Louise, geb. Bech (1782-1843), sowie für einen ihrer Söhne, den Seeoffizier Julius Fehmann (1813-1841). Dieser war 1841 nach einer fünfjährigen Abwesenheit, während der er in Westindien an Tuberkulose erkrankt war, unter Quarantäne an Bord einer Marinebrigge auf der Kopenhagener Reede gestorben. Ein anderer Sohn, Orla, liegt aber nicht dort, sondern auf Holmens Kirkegård auf Osterbro begraben.

2. Orla Lehmann

Peter Martin Orla Lehmann -

* 19. 5. 1810 in Kopenhagen, † 13. 9. 1870 in Kopenhagen.

Orla Lehmann²⁹ wuchs in seiner deutsch-dänischen elterlichen Familie mit beiden Sprachen und Kulturen auf, mit einer starken emotionalen Bindung an seine dänische Mutter. Den ersten Unterricht bekam Orla von seinem Vater. Danach besuchte er bis zu seinem 15. Lebensjahr die 1818 gegründete deutsche Sankt-Petri-Realschule, zuletzt in der ersten Lateinklasse der Schule, die mit dem „jus dimittendi“, dem Recht, an der Universität zu studieren, abschließen sollte. Dieses Projekt eines Sankt-Petri-Gymnasiums scheiterte aber, so dass er seine Schulzeit an der dänischen „Borgerdydskole“ beendete. In seinen um 1860 begonnenen Erinnerungen nannte Orla Lehmann die Lateinklasse der Sankt-Petri-Schule „weder besser noch schlechter als andere der gleichen Art“. Er lobte den „Rektor Sternhagen, der es gut verstand, an die Schüler weiterzugeben, was er wusste“ (*der havde godt greb på at leere frei sig, hvad han vidste*). Interessant für die Sicht der dänischen Nationalliberalen auf die Sankt-Petri-Gemeinde und Schule sind die wohl nach dem Krieg von 1864 geschriebenen weiteren Bemerkungen über beide Institutionen. Da Kopenhagen damals um 1820 die Hauptstadt der ganzen Monarchie und auch Sitz der übergeordneten deutschen Regierungsautoritäten mit ihren deutschsprachigen Beamtenfamilien gewesen sei, könne deshalb „nichts dagegen eingewendet werden, dass sie mit eigenen Mitteln ihr eigenes Schulwesen verbesserte“. Auch die Gemeinde mit ihrer eigenen Kirche, „gestützt durch ein bedeutendes Vermögen und ausgerüstet mit großen Privilegien“, habe deshalb damals noch „eine innere Berechtigung gehabt, die jetzt weggefallen ist“.³⁰ Dieser schwerwiegende Nachsatz Orla Lehmanns, der der deutschen Gemeinde und ihrem Schulwesen ihre innere Be-

rechtingung nach 1864 glatt absprach, zeigte das ganze Ausmaß der Veränderungen in der politischen Kultur Dänemarks, die seit seiner Schulzeit eingetreten waren. Als nationalliberaler Politiker war er deren Mitverursacher gewesen.

2.1 Die Geschichte einer „Verdänung“

Orla Lehmann war ein auffallend schöner Junge und wurde ein bildschöner junger Mann, der allein durch sein Äußeres die Aufmerksamkeit auf sich zog. Dazu war er sehr begabt und wortgewandt, sowohl als Jurist als auch als politischer Journalist und als mitreißender politischer Redner. Schon während seines Studiums entwickelte er sich zu einem engagierten und einflussreichen oppositionellen Politiker, zunächst nur mit der liberalen Forderung nach einer freien Verfassung. Hierin lag er ganz auf einer Linie mit den liberalen Politikern in Kiel und in den deutschen Staaten, von denen er viele persönlich kennenlernte. Denn auch er machte nach seinem juristischen Examen 1833 eine Bildungsreise.

Sie führte ihn zunächst über Kiel durch Norddeutschland nach Berlin, „nicht ganz freiwillig“, wie er in seinen Erinnerungen bemerkte.³¹ Er wäre lieber gleich nach Frankreich und Italien gereist. Aber die Reise wurde von dem Bruder seines Vaters, der Apotheker in Rendsburg war, finanziert. Und diese Route war die Bedingung gewesen. Martin Lehmann nämlich war gegen die bei der gebildeten Jugend beliebten Italienreisen aus romantischer Kunstschwärmerei. Er hielt sie für überflüssig und schädlich, weil sie die Jugend schwächlich mache und sie nicht auf das tätige Wirken vorbereite. Die Bekanntschaft mit der Kunst als Bestandteil der Bildung könne man auch haben, „ohne über die Alpen zu gehen! Eine kleinere Reise nach Deutschland wird mehr Nutzen haben, als ein Wettlauf mit allen Zugvögeln nach Kalabrien.“ So hatte er nach einem Gespräch mit seinem Schwager Hermann Bech über dessen Italienpläne 1812 in seinem Tagebuch notiert.³²

Man darf jedoch auch vermuten, dass Martin Lehmann bei dieser Reiseplanung die stille Hoffnung gehabt hat, dass ein längerer Kontakt Orlas mit dem deutschen Kulturraum, mit den Spitzen der geistigen und politischen Kultur ein gewisses Gegengewicht darstellen könnte gegen die von ihm schon zwei Jahre zuvor beklagte „Verdänung“ seines ältesten Sohnes (s. o.). Er hatte ihm Einführungsschreiben mitgegeben, die ihm die Häuser vieler bedeutender Persönlichkeiten in Kiel, Göttingen und Berlin öffneten. Und Orla nutzte diese Möglichkeit mit großem Gewinn, wie man in seinen „Erinnerungen“¹ nachlesen kann. In Kiel lernte er die wichtigsten liberalen Politiker und deren schleswig-holsteinische Rechtsauffassung kennen. Sie bestärkten ihn in seinen dänischen Verfassungsbestrebungen. Die nationale Frage stand noch nicht zwischen den deutschen und dänischen Liberalen, In Berlin schrieb er sich an der Universität ein und

besuchte „mit akademischem Fleiß“, wie er sich selbst attestierte, u.a. Vorlesungen über römisches Recht bei Friedrich Carl von Savigny (1779-1861), über Philosophie der Geschichte bei Ganz, dem damaligen Führer der Hegelschen Schule in Berlin, und beim großen Theologen Friedrich Schleiermacher (1768-1834), bei dessen geistreichen Donnerstagsgesellschaften er oft anwesend war. Am 15. Februar 1834 nahm er an Schleiermachers Begräbnis teil. Ende April 1834 musste er wegen der schweren Erkrankung seiner Mutter schnell heimreisen. Die Reise nach Frankreich und Italien musste bis 1842/43 warten.

Der von seinem Vater vielleicht erhoffte Effekt, dass Orla nach dieser Reise mehr deutsch sein würde, stellte sich allerdings nicht ein. In seinen auf Deutsch geschriebenen Briefen an den Vater berichtete er ohne Umschweife davon, wie er sich in den Gesprächen über Politik mit jungen Juristen in Norddeutschland glücklich und stolz zu seiner dänischen Nationalität bekenne. Er fühle sich dabei überall auch als Repräsentant „unserer Nation“.³³

Dennoch ist sicher, dass er stark von der deutschen Literatur der Klassik und Romantik und der Philosophie des deutschen Idealismus geprägt war. Während des Sommeraufenthaltes seiner Familie in Valby 1828 las er Shakespeare und Goethe, von dem er später über einen großen Zitatenschatz verfügte. Aber seine eigentliche Begeisterung für einen deutschen Dichter galt damals Heinrich Heine.

Eines Tages besuchte ihn dort Hans Christian Andersen, der von ihm einen Intensivkurs in Heine bekam. Andersen schilderte das so: „Und nun lasen wir Heinrich Heine zusammen; der Nachmittag und der Abend vergingen; es wurde bis spät in die Nacht, ich mußte bis zum Morgen bleiben, aber ich hatte dort einen Dichter kennengelernt, der aus meiner Seele heraus sang und in ihr die am stärksten vibrierenden Saiten griff.“³⁴ Lehmann versuchte in seinen über dreißig Jahre später geschriebenen Erinnerungen diese Heine-Begeisterung etwas abzuwerten: „Heine war der Dichter jener Tage - jede Zeit hat den seinigten, und erst das reifere Alter zeigt ihnen den ihnen gebührenden Platz an - ich wage aber nicht zu behaupten, er hätte nicht eine größere Wirkung auf mich und meinen Stil ausgeübt, als es vielleicht wünschenswert gewesen wäre.“³⁵ Als liberaler Politiker hatte er nämlich etwas von der heineschen Ironie übernommen. Sie war aber für dänische Verhältnisse bisher unerhört und fremdartig. Wenn er sie später im politischen Kampf als Mittel benutzte, um die Großen in der Gesellschaft oder das Große lächerlich zu machen, um zu zeigen, wie alle, er selbst eingeschlossen, oder alles auf die eine oder andere Weise lächerlich gemacht werden konnte, um damit die Gleichheit zu fördern und eine demokratische Botschaft zu befördern, so brachte das ihm Kritik von einem größeren Publikum in Dänemark ein. „Wenn man mich nämlich auf der einen Seite

ehrlich und ernsthaft begeistert sah für hohe und schöne Ideen und im anderen Augenblick glaubte, ich triebe Spott sowohl mit diesen Ideen als auch meiner eigenen Begeisterung, dann fand man, milde gesagt, daß dies höchst rätselhaft wäre.“ Dabei habe er oft bemerkt, dass selbst seine besten Freunde verunsichert wurden, weil sie nicht mehr wussten, wie es eigentlich mit ihm stand und was sie glauben sollten.³⁶

Das für seine dänische Umgebung manchmal Auffällige an seinem Auftreten beschäftigte auch seine Frau Maria. Sie führte es auf sein deutsch-dänisches Elternhaus zurück. Eine befreundete Frau S.³⁷ hatte zu ihr gesagt, Orlas Eltern seien so verschieden, dass sie sich nicht denken könne, wie sie zusammenpassten: „Der Vater, so unruhig, so deutsch, so wenig direkt (*bramfri*) wolle gerne mit seiner Frau Staat machen (*prange*), die Mutter so ruhig, einfach (*simpel*), so ganz dänisch und frei davon, sich hervortun zu wollen (*at ville være fremstikkende*).“ Zunächst war dies nur ein Unterschied im Temperament, aber er wurde in den Augen der dänischen Umgebung auch übertragen auf die nationale Prägung.

Diese Aussage hatte Maria Lehmann veranlasst, Orlas Bruder Heinrich zu bitten, ihr von seinem Verhältnis zu seiner Mutter und zu seinem Vater zu erzählen. Dies war 1846, die Mutter war 1834 gestorben. Die Aussage Heinrichs war bemerkenswert. Maria referierte sie so: „Dass Orlas Mutter einen ungeheuren Einfluss auf ihn gehabt habe, ihn gedämpft - simplifiziert - verdänt habe, und dass O[rla] erst nach ihrem Tod in das hineingekommen wäre, was ich [Maria] die brillante - aber leider allzu leichtfüßige - Karriere nenne.“ (*At Orlas Moder havde havt uhyre indflydelse over ham, havde dæmpet - simplificeret - fordansket ham, og at O[rla] siden først hendes død var kommet ind i det, jeg kalder den brillante - men desværre alt for legere - Carriere*). „Hätte unsere Mutter gelebt“, habe Heinrich gesagt, „wäre Orla vielleicht niemals ein Orla Lehmann geworden; sondern eher ein Johannes Hage (1800-1837).“

Bei dieser Aussage fuhr es Maria Lehmann durch den Kopf, dass Orla ihren innig geliebten Onkel immer ein wenig herabgesetzt habe, weil er kein Mann des Volkes gewesen sei. Johannes Hage hatte als liberaler Oppositioneller mit auch in Regierungskreisen anerkannten soliden Kenntnissen die Zeitung „Fædrelandet“ gegründet. Er hatte sich 1837 das Leben genommen, nachdem er kurz zuvor wegen einer regierungskritischen Veröffentlichung vom Obersten Gerichtshof zu lebenslänglicher Zensur verurteilt worden war. Nun sei ihr klar geworden, dass ihr Onkel gerade die Eigenschaften besessen habe, obgleich vielleicht im Übermaß, die Orla fehlten: „Ein rastloses Streben, die Wahrheit zu finden, einen tiefen Drang, auf seine Kenntnisse zu bauen und nicht auf Zufall, auf Eingebung, kurz gesagt, diese Gründlichkeit, die den besten ‚Pondus‘ gibt.“

*(En rastløs Stræben efter at finde Sandheden, en dyb Trang til at bygge paa sine Kundskaber og ikke paa Tilfælde, paa Indskydelse, kort sagt, denne Grundighed, der giver den bedste Vægt)*³⁸ Diese kritischen Bemerkungen über ihren Mann vertraute Maria Lehmann im Februar 1846 ihrem Tagebuch an. Sie übernahm die Aussage ihres Schwagers Heinrich über seinen Bruder Orla, die - zu Ende gedacht - bedeutete, dass das Auffällige an seinem Erscheinungsbild als Politiker, sein öffentliches Image, wie man heute vielleicht sagen würde, von beiden als ein Produkt seiner durch den frühen Tod der Mutter unvollendet gebliebenen Erziehung zum Dänen angesehen wurde. Es wäre also ein Rest von Deutschheit gewesen!

Wie problematisch die Beschreibung einer nationalen Identität ist, er sieht man aus Heinrich Lehmanns Aussage über den „echten Dänen“ Johannes Hage. Nach Marias Aufzeichnung meinte er damit dessen rastloses Wahrheitsstreben, einen tiefen Drang, sich auf seine Kenntnisse zu verlassen und zusammenfassend Gründlichkeit, und als Gegensatz dazu auf Orla bezogen dann, sich verlassen auf Zufälle, auf Eingebung und mangelnde Gründlichkeit. Wer würde diese Beschreibungen von allgemein menschlichen Eigenschaften eigentlich als speziell „dänisch“ oder „deutsch“ bezeichnen? Dass Maria die Rolle der Erzieherin zum echten Dänen von seiner Mutter übernommen habe, erwähnte Orla im Frühjahr 1849 mehrfach in Briefen an seine todkranke Frau. „Du hast mich schlichter, dänischer gemacht“ (*Du har gjort mig mere jævn, mere dansk*)³⁹. Es ist das schwer in seiner ganzen Bedeutungsbreite ins Deutsche zu übersetzende dänische Wort „jævn“, um das es ihm jetzt geht. „Das ist ein schönes und echt dänisches Wort. Ich war nicht schlicht genug - es war der letzte Rest Deutschheit (*Tydskhed*), den Du aus mir herausgepult hast. Dass ich mehr schlicht sein sollte, das war - nun verstehe ich es - die Summe der Bestrebungen meiner Mutter.“³⁹ Maria hatte das nicht Dänisch-Schlichte an seiner Sprache und seinem Auftreten seine „Orla Lehmanniaden“ genannt, und damit „deutschgeprägte Schwulstigkeiten, die ein Teil seiner Erziehung waren, Prahlereien und Äußerlichkeiten“ (*tyskprægede svulstigheder, der var en del af hans opdragelse, bravader og udvendigheder*) gemeint. Aus all diesem geht hervor, dass Orla Lehmann gewisse Schwierigkeiten damit hatte, sich seiner dänischen Identität ganz sicher zu werden. Die Prägung durch einen deutschen Vater, der gewiss einige dieser „deutsch“ genannten Wesenszüge hatte, zum Beispiel eine gewisse Eitelkeit, war doch sehr stark. Martin Lehmann war auch sehr stolz auf die politischen Erfolge seines Sohnes, auf jeden Fall, so lange er für eine freie Verfassung kämpfte. Orlas „Verdänung“ hatte die Kommunikation zwischen ihnen nicht beendet. 1842 legte Orla seinem Vater sogar das Manuskript einer Rede „An meine Wähler“ zur Begutachtung vor. Aus den Randbemerkungen

Martin Lehmanns geht hervor, dass er ihm davon abriet, sich selbst wie geplant „zum jetzigen Zeitpunkt... als den Führer der konstitutionellen Sache in Dänemark zu bezeichnen“. Die Rede wurde zwar nie gehalten, aber viele andere sahen ihn schon in dieser Rolle.⁴⁰

2.2 „Dänemark bis zur Eider“ -

Der Liberalismus wird nationalliberal

Die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ hatte 1841 vorgeschlagen, Dänemark als „Admiralstaat“, d. h. Schutzmacht und Besitzer des nötigen Know-how für den zukünftigen Seehandel innerhalb der deutschen Zollunion in den Deutschen Bund aufzunehmen. Hinter diesen Überlegungen der auch im Ausland angesehenen Zeitung - Orla Lehmann hatte in seiner Berliner Zeit selbst dort publiziert - stand zwar keinerlei politische Realität im Deutschen Bund. Dennoch erregten sie verständlicherweise Aufsehen und wirkten beunruhigend in dänischen nationalen Kreisen. Am 28. Mai 1842 antwortete Orla Lehmann darauf in seiner weithin Aufsehen erregenden „Dänemark-bis-zur-Eider!“-Rede zum damaligen „Verfassungstag“. ⁴¹ Diese Rede „quetschte die Zurückweisung des sog. Admiralstaatsgedankens bis zum Äußersten aus, als sie die Selbständigkeit des [dänischen] Reiches und seine Unteilbarkeit bis zur Eider behauptete und eventuellen Eroberungslüsten der Deutschen zurief: ‚Und sollte es nötig werden, dann wollen wir mit dem Schwert auf ihren Rücken den blutigen Beweis für diese Wahrheit schreiben: Dänemark will nicht!‘⁴¹ (*Og skulle det gøres fornødent, da vil vi med sværdet skrive på deres ryg det blodige bevis for den sandhed: Danmark vil ikke!*). Der dänische Historiker Lorenz Rerup meinte dazu salomonisch, Lehmann sei - im Stil der Zeit - in seinen Reden „oft sehr hochgestimmt“ gewesen (*Lehmann var ofte - i tidens Stil - højt oppe i sine taler*).⁴²

Sollte es sich hier nicht auch um eine der von Maria Lehmann so genannten „Orla-Lehmanniaden“ gehandelt haben? Gewiss meinte er es nicht so ernst mit diesem rhetorischen Bild von Leuten, die sich zu wehren wissen würden. Es war ja auch nicht wirklich vom blutigen Töten die Rede. Aber draußen in der politischen Wirklichkeit, zuerst in Schleswig-Holstein und besonders im deutschsprachigen Teil des Herzogtums Schleswig, wurde die Rede ernst genommen. Die harten Worte bekamen ein Eigenleben in der politischen Propaganda und konnten nicht mehr zurückgenommen werden. Sie trugen gleich zu Beginn der nationalpolitischen Auseinandersetzung wesentlich dazu bei, dass diese eine außerordentliche Schärfe annahm. Man reagierte in der politischen Polemik jetzt ähnlich darauf. Orla Lehmann bekam bei den deutschen Nachbarn den Ruf eines Erzdänen und Feindes der Deutschen. Von hier aus betrachtet gab es keinen Zweifel an seiner dänischen Identität! Dies wurde auch der Grund dafür, dass er

im April 1849 als ziviler Beamter von den schleswig-holsteinischen Truppen in Kolding gefangen genommen wurde.

Mit seiner Parole „Dänemark bis zur Eider“ hatte er die Auflösung des dänisch-schleswig-holstein-lauenburgischen Gesamtstaates angekündigt und dem deutschgesinnten und deutschsprachigen Teil der Menschen im Herzogtum Schleswig eine nicht erwünschte Zukunft in einem dänischen Nationalstaat. Diese Frage rückte für ihn und seine politischen Freunde gegenüber der liberalen Verfassungsforderung, deren Erfüllung man mehr in die Ferne gerückt sah, in den Vordergrund. Aus dem Liberalismus war der Nationalliberalismus geworden.

Mit dem Revolutionsjahr 1848 erreichte die politische Karriere Lehmanns ihren Höhepunkt. In den Tagen vor dem jetzt doch überraschend schnell möglich gewordenen Sturz des Absolutismus im März 1848 hatte er mit ein paar mitreißenden Reden großen Einfluss auf den Gang der Ereignisse, z.B. als er am Vormittag des 20. März in einem Kreis der führenden Liberalen in wenigen Minuten den Entwurf für die ausschlaggebende Bitte der Kopenhagener Stadtverordnetenversammlung (*borgerrepræsentationen*) um eine demokratische Verfassung an König Friedrich VII niederschrieb. Sie endete mit der berühmt gewordenen, in leicht drohendem Unterton gehaltenen Formulierung: „Wir flehen Eure Majestät an: Treiben Sie nicht die Nation aus Verzweiflung zur Selbsthilfe“ (*Vi anræber Deres Majestæt om ikke at drive nationen til fortvivlelsens selvhjælp*). Am Nachmittag gelang es ihm dann noch, die eigentlich eher skeptische Versammlung in einer flammenden Rede dazu zu bringen, diese Bitte an den König auch wirklich zu beschließen. „Ich hielt eine der stolzesten Reden, die in dänischer Zunge gehört worden ist“ (*Jeg holdt en af de stolteste taler, der er hørt i dansk tungemål*), schrieb er an seine Frau Maria.⁴³

2.3 Orla Lehmann als einer der Väter des dänischen Grundgesetzes vom 5. Juni 1849

In der neuen Regierung wurde er Minister ohne Geschäftsbereich, vorläufig mit der Aufgabe, ausländische Regierungen über die dänischen Vorstellungen zu unterrichten. Er bekam auch bedeutenden Einfluss auf die Entstehung der dänischen Verfassung, des Grundgesetzes vom 5. Juni 1849. Der am 24. Oktober 1848 der grundgesetzgebenden Reichsversammlung zur Beratung vorgelegte Entwurf war zunächst von seinem Freund D. G. Monrad ausgearbeitet worden. Er hatte den zu behandelnden Stoff zusammengetragen und ihn in den Grundzügen geordnet. Die Feinarbeit hatte er jedoch Lehmann überlassen. Dieser ging in den Monaten Juli und August mit Lust und Energie ans Werk, als ob es jetzt erst richtig losgehen sollte. Was in der Sprache Monrads eine „Übersicht über die Hauptpunkte ... für ein Verfassungsgesetz (*Forfatningslov*)“ war, wurde

bei Orla Lehmann zu einem „Grundgesetz für das Königreich Dänemark und Schleswig“ (*Grundlovfor Kongeriget Danmark og Slesvig*). Damit hatte er das Lehnwort „Forfatning“ vermieden und das dänische Wort „Grundlov“ als Namen für die dänische Verfassung geschaffen. Die Sprache dieses Grundgesetzes sollte kurz und treffend (*fyndig*), klangvoll und heimisch von Anfang bis Ende sein. Deutlich erkennbar ist sein eifriges Suchen nach dänischen Namen und Ausdrücken. Dabei findet er in Anlehnung an die norwegische Verfassung für das dänische Parlament den Namen „Rigsdag“ statt „Kamrene“ und für die beiden Kammern die Namen „Folketing“ und „Landsting“. Weitere Beispiele sind: Rigsdags-„Samling“ statt „Session“, „Rigsdagen er sat“ statt „konstitueret“, „Finansloven“ statt „Budget“, „Forretningsorden“ statt „Regulativ“, „Fiertal“ statt „Pluralitet“, „Andragende“ statt „Petition“, „dagligt vederlag“ statt „Diæter“, „Mynligheder“ statt „Autoriteter“ und „Sikkerhed“ statt „Caution“. Monrad hatte schon „Formand“ statt „Præsident“ vorgeschlagen. Aber Lehmann wollte auch das stehengebliebene „Vice-“ in „Viceformand“ weghaben und schlug deshalb eine Umschreibung mit „den, der i hans Forfald skal føre forsædet“ (*derjenige, der den Vorsitz führen soll, wenn er verhindert ist*) vor, heute sagt man „naestformand“.

Auch damit gab er sich noch nicht zufrieden. Fast jeder Paragraph wurde neu durchformuliert, und elf von den zuletzt 80 Paragraphen hatte er neu hinzugefügt. Besonders an diesen könne man sehen, „ein wie gutes Ohr für Präzision und Klang“ er hatte, so urteilt der dänische Historiker, der Lehmanns Anteil an der Entstehung des Grundgesetzes genauer untersucht hat.⁴⁴ Lehmann hatte auch die Rede geschrieben, die König Frederik VII. vortrug, als er den Entwurf des Grundgesetzes am 24. Oktober 1848 der grundgesetzgebenden Reichsversammlung zur Beratung vorlegte.⁴⁵

Im November 1848 trat Lehmann mit anderen nationalliberalen Ministern, darunter auch der Verteidigungsminister A. F. Tscherning, aus der Regierung aus. Diese waren nämlich wie er jetzt bereit gewesen, auf eine nationale Teilung Schleswigs einzugehen, um die Unterstützung Englands bei den Friedensverhandlungen mit den Staaten des Deutschen Bundes zu erreichen. Das hatte zwei rationale Gründe: Zum einen überschätzte Lehmann wie auch Tscherning nicht die Stärke des dänischen Heeres, und zum anderen war ihm die Erreichung der inneren Freiheit mit einer demokratischen Verfassung jetzt wichtiger als die Verwirklichung des nationalen Programmpunktes der Einverleibung ganz Schleswigs, des „Dänemark bis zur Eider“. Das liberale Ziel setzte er nun wieder über das nationale. Er konnte sich aber bei der übrigen Regierung, dem König - und in der Volksstimmung - damit nicht durchsetzen. Auch hier hatte jetzt seine eigene nationalliberale Agitation seit 1842 ihr emotionales Eigenleben ange-

nommen, so dass eine rationale politische Lösung nicht mehr durchzusetzen war. Der „Zauberlehrling“ konnte die Geister nicht mehr zurückrufen.

Als sehr bitter empfand es Lehmann, dass es ihm nach seinem Ausscheiden aus der Regierung nicht gelang, bei einer Nachwahl auf Bornholm in die verfassunggebende Versammlung hinein gewählt zu werden und dass auch die neue Regierung nicht wünschte, ihn innerhalb des Kontingents der vom König entsandten Mitglieder zu delegieren.

Lehmans Bedeutung als einer der „Väter“ der heute noch geltenden demokratischen Verfassung vom 5. Juni 1849 wird dennoch deutlich zum Ausdruck gebracht auf dem berühmten Gemälde von Constantin Hansen „Die erste Sitzung der grundgesetzgebenden Reichsversammlung im Reichstagsaal auf Schloss Christiansborg am 23. 10. 1848“. Es zeigt ihn rechts ganz im Vordergrund in der Nähe von Monrad stehend, dem Verfasser des ersten Entwurfes zum Grundgesetz. An diesem Tag und bis zu seinem Ausscheiden wenige Wochen später war er als Vertreter der Regierung tatsächlich Mitglied dieser Versammlung. Das Bild von 1865 ist also eine deutliche Ehrung für Lehmann, die seine politische Bedeutung im gesamten Kampf um die 1849 erreichte demokratische Verfassung zeigen soll.

Von 1849 bis 1861 war Orla Lehmann Amtmann in Vejle. Danach wurde er Innenminister, denn sein eiderdänisches Programm war wieder populär geworden, und er schrieb den Entwurf für eine gemeinsame Verfassung für Dänemark und Schleswig, die am 13. November 1863 in Kraft trat und den für Dänemark katastrophalen Krieg mit Preußen und Österreich von 1864 auslöste. Gleichzeitig starb Friedrich VII. Der neue König Christian IX. nährte ein tiefes Misstrauen gegen Lehmann und verlangte seinen Rücktritt, worauf die ganze Regierung am 31. Dezember 1863 zurücktrat. Lehmann hatte also keine Regierungsverantwortung mehr, als die dänische Regierung in der entscheidenden Phase der Friedensverhandlungen im Juni 1864 sich so unbeirrbar weigerte, über eine Teilung Schlesiws zu verhandeln, dass der Verlust von ganz Schleswig die Folge war. Dieses Ergebnis vernichtete unbarmherzig alles, was er mit seiner Eiderpolitik hatte erreichen wollen. In den folgenden Jahren wurde er dazu auch geplagt von Zuckerkrankheit und Herzbeschwerden, und er alterte schnell. Seine letzte Hoffnung war bei Ausbruch des französisch-preußischen Krieges im Sommer 1870 ein Sieg der Franzosen gewesen. Aber ihre Niederlage bei Sedan am 2. September 1870 zerstörte auch sie. Elf Tage danach starb Lehmann.

Das jetzt 150 Jahre alt gewordene erste demokratische Grundgesetz von 1849 löste das absolutistische „Königsgesetz“ (kongeloven) von 1666 ab. Dies hatte damals ein anderer ehemaliger Schüler der Sankt-Petri-Schule geschrieben, nämlich Peter Schumacher, der spätere Graf von Griffenfeld.⁴⁶

3. Die Nachkommen einer Sankt-Petri-Familie

Orla Lehmann hatte eine Tochter Rotha Margrethe (1846-1918). Sie heiratete 1866 Gotfred Rode (1830-1878), mit dem sie 1872 auf Skovgaard in Ordrup, das sie von Mutterseite geerbt hatte, eine erweiterte Volkshochschule gründete, die ihre Schüler auch zur Studierfähigkeit führen sollte. Vier Jahre danach verließ sie Mann und zwei Kinder und folgte dem norwegischen Journalisten und Politiker Erik Vullum nach Paris, wo sie eine Journalistenkarriere bei norwegischen Zeitungen begann. Nach dem Tod von Gotfred Rode heiratete sie Erik Vullum, und ihre beiden Söhne kamen zu ihr nach Norwegen. Hier schrieb sie Rezensionen und Artikel für Zeitungen und Zeitschriften und gab Schriften der linken norwegischen Oppositionspartei „Venstre“ heraus. Margarethe Vullum war Mitbegründerin der norwegischen Frauenbewegung und organisierte Streiks der Fabrikarbeiterinnen. Mit der Zeit begriff sie das Illusionäre in den nationalliberalen Bestrebungen ihres verehrten Vaters Orla Lehmann. Sie stand nun eher dem „modernen Aufbruch“ des Kreises um Georg und Edvard Brandes nahe. Die dänische Schriftstellerin Hanne Engberg hat dieser temperamentvollen, bedeutenden und schwierigen Tochter von Orla und Enkelin von Martin Lehmann mit einem Buch, das sich streng an einer Fülle von vorhandenen Quellen orientiert, ein sehr lesenswertes literarisches Denkmal gesetzt.⁴⁷

Margrethe Vullums ältester Sohn Ove Rode (1867-1933) war Journalist und Politiker. 1905 wurde er Mitbegründer der radikalliberalen Partei „Det Radikale Venstre“ und politischer Redakteur ihrer Zeitung *Politiken*, von 1913 bis 1920 dänischer Innenminister. Ihr jüngster Sohn Helge (1870-1937) wurde Dichter, insbesondere Lyriker.⁴⁸ Der bekannte dänische Schauspieler Ebbe Rode (1910-1998) war sein Sohn.

Martin Lehmanns zweiter Sohn Heinrich (1815-1890), wurde in Kopenhagen Arzt, Professor und Spezialist auf dem Gebiet der Augenheilkunde und Förderer des Fortschritts in der Medizin auf vielen Gebieten. Von ihm ist gesagt worden, er habe im Gegensatz zu seinem Bruder Orla noch sein Leben lang seine Zugehörigkeit zu dem deutschgeprägten Kulturkreis der ehemaligen deutschen Beamtenfamilien in Kopenhagen gefühlt. Er ist auch von Sankt Petri aus beerdigt worden. Als ein Erbe davon wird die kritische Haltung seines Sohnes Edvard Lehmann (1862-1930) gegenüber nationalliberalen Ideen, wie sein Onkel Orla sie vertreten hatte, angesehen. Edvard Lehmann begründete in Dänemark das Fach Religionsgeschichte und wurde 1900 der erste Universitätslehrer in diesem Fach. Wegen seines internationalen Ansehens auf diesem Gebiet wurde er aufgefordert, zwei große Artikel für die deutsche Enzyklopädie „Die Religion in Geschichte und Gegenwart“ zu schreiben. Das brachte ihm einen Ruf an die Universität Berlin ein, wo für ihn der erste deutsche Lehrstuhl für

Religionsgeschichte und Religionsphilosophie eingerichtet wurde. Er blieb aber nur von 1910 bis 1912. Das Milieu in Berlin soll ihm doch zu fremd gewesen sein.⁴⁹

Anmerkungen

- 1 Sankt Petri Kopenhagen 1575-2000 - 425 Jahre Geschichte deutsch-dänischer Begegnung in Biographien mit einem Beitrag zur Restaurierung von Hans Munk Hansen. Herausgegeben von Jürgen Beyer und Johannes Jensen. In Kommission bei Reitzels Forlag, Kopenhagen 2000. - Das Buch wurde von „Komiteen for årets bogaarbejde/ Foreningen for boghåndværk“ zu einem der schönsten dänischen Bücher des Jahres 2000 gewählt.
- 2 Johannes Jensen, Die St.-Petri-Schule in Kopenhagen 1932-1949. „... gegen derartige Volksschädlinge das Ausbürgerungsverfahren einzuleiten“. In: Grenzfriedenshefte 2/ 1986, S. 98-155.
Ders., Die deutsche Sankt-Petri-Gemeinde und die deutsche Sankt-Petri-Schule in Kopenhagen. 419 Jahre Erfahrungen mit deutsch-dänischer Begegnung. In: Grenzfriedenshefte 3/1994, S. 98-127.
- 3 Sankt Petri Kopenhagen (wie Anm. 1), S. 133-157.
- 4 Dansk Biografisk Leksikon. - Hother Hage (Hg.): Orla Lehmanns Efterladte Skrifter, Bd. 1.: Erindringer, Abt. 1, Kopenhagen 1872, S. 2ff.
- 5 Herrn Oberstudienrat Gunter Hirt danke ich für Kopien der Zeugnisunterlagen am Christianeum.
- 6 Lehmann: Erindringer (wie Anm. 4), S. 4. Die ironisch gemeinte Schreibung „Slesvigholstener“ zeigt, dass Orla Lehmanns nach 1864 geschriebene Erinnerungen in ihrer Sprache stark geprägt sind von den nationalliberalen Einstellungen, die er später entwickelt hat. Sie müssen also historisch-quellenkritisch gelesen werden.
- 7 Johannes Lehmann: Den unge Orla Lehmann, Kopenhagen 1957, S. 17ff.; Axel Nielsen: Industriens Historie i Danmark, Bd. 3: Tiden 1820-1870, 1. Halbbd., Kopenhagen 1944 (Repr. 1979), S. 176ff.
- 8 „Das Tagebuch 1811-1831 von Etatsrat Martin Lehmann“ in der Abschrift von Hans W. Praetorius, S. 41-43. Das Original befindet sich in der Hand von Frau Asta Bang, geb. 1903, einer Tochter Helge Rodes, Urenkelin von Orla und Ururenkelin von Martin Lehmann. Die Zitate aus dem Tagebuch sind sprachlich geglättet.
- 9 Lehmann: Tagebuch (wie Anm. 8), S. 11 u. 14.
- 10 Lehmann: Tagebuch (wie Anm. 8), S. 43 u. 33.
- 11 Lehmann: Tagebuch (wie Anm. 8), S. 25f.
- 12 Lehmann: Tagebuch (wie Anm. 8), S. 57.
- 13 Lehmann: Tagebuch (wie Anm. 8), S. 50 u. 55. Dieser Konflikt ist dargestellt in: Johannes Jensen, Die Deutsche-Sankt-Petri-Gemeinde und die Deutsche Sankt-Petri-Schule in Kopenhagen (wie Anm. 2), S. 113-118.
- 14 Vgl. dazu die Darstellung in dem Kapitel über H. E. Schimmelmann in: Sankt Petri

- Kopenhagen 1575-2000 (wie Anm. 1), S. 77-111.
- 15 Lehmann: Tagebuch (wie Anm. 8), S. 24f.
 - 16 Nikolaus Falck: Das Herzogtum Schleswig in seinem gegenwärtigen Verhältnis zu dem Königreich Dänemark und zu dem Herzogtum Holstein. Eine historische und staatsrechtliche Erörterung. Nebst einem Anhang, über das Verhältnis der Sprachen im Herzogtum Schleswig, Kiel 1816. Eine Anmerkung auf S. 149 deutet daraufhin, dass Lehmann seine Schrift ursprünglich für die von Falck als freies periodisches Publikationsorgan geführten „Kieler Blätter“ geschrieben haben kann.
 - 17 Johannes Jensen: Nordfriesland in den geistigen und politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts (1797-1864), Neumünster 1961 (Lizenzausg. Bredstedt 1993), S. 22ff.
 - 18 Martin Lehmann nennt seinen Diskussionsbeitrag im Anhang zu Falcks Schrift: „Über die Absicht einer angekündigten Preis-Aufgabe, die Sprache Schlesiens betreffend.“ (Lehmann/Falck (wie Anm. 16)) Die Zitate aus dieser Schrift sind in der Orthographie den heutigen Regeln angepasst.
 - 19 Lehmann/Falck (wie Anm. 16), S. 142. Die Bezeichnung „Sønderjylland“ für das ganze Herzogtum Schleswig wird seitdem Beginn der nationalen Auseinandersetzungen auf nationaldänischer Seite üblich, um deutlich zu machen, dass es nur der südliche Teil des dänischen Jütland ist. Sie ist hier noch neben der Bezeichnung Herzogtum Schleswig verwendet, aber deutlich in nationalpolitischer Absicht.
 - 20 Lehmann/Falck (wie Anm. 16), S. 145 Anm.
 - 21 Lehmann/Falck (wie Anm. 16), S. 146 u. 150.
 - 22 Lehmann/Falck (wie Anm. 16), S. 146f.
 - 23 Lehmann/Falck (wie Anm. 16), S. 144.
 - 24 Lehmann/Falck (wie Anm. 16), S. 151 f.
 - 25 Lehmann/Falck (wie Anm. 16), S. 149.
 - 26 Lehmann: Tagebuch (wie Anm. 8), S. 36.
 - 27 Lehmann: Tagebuch (wie Anm. 8), S. 63.
 - 28 Hanne Engberg: En kærlighedshistorie. Maria og Orla Lehmann 1843-49, Kopenhagen 1991, S. 307.
 - 29 Wenn nichts anderes angegeben ist, stammen die Informationen aus Dansk Biografisk Leksikon.
 - 30 Lehmann: Erindringer (wie Anm. 4), S. 17f.
 - 31 Lehmann: Erindringer (wie Anm. 4), S. 80-130.
 - 32 Lehmann, Tagebuch, (wie Anm. 8), S. 11f.
 - 33 Engberg: Kærlighedshistorie (wie Anm. 28), S. 36f.; die Briefe im Dänischen Reichsarchiv Kopenhagen, Orla Lehmanns arkiv, tillg 3.
 - 34 Helge Hultberg: Heine in Dänemark 1825-70, in: Klaus Bohnen, Ernst-Ullrich Pinkert u. Friedrich Schmöe (Hgg.): Heinrich Heine. Werk und Wirkung in Dänemark, Kopenhagen u. München 1984, S. 77-90, hier S. 82f. Andersens gibt nach den Angaben von Hultberg in seinem „Märchen meines Lebens“ für dieses Treffen das Jahr 1829 an.
 - 35 Lehmann: Erindringer (wie Anm. 4), S. 26.
 - 36 Orla Lehmann an Bolette Puggard, in: Engberg: Kærlighedshistorie (wie Anm. 28), S.

59f.

- 37 Anette Juliane Swane (1795-1887) war die Schwester des Theologen H. N. Clausen, eines nationalliberalen Freundes von Orla Lehmann.
- 38 Engberg: Kærlighedshistorie (wie Anm. 28), S. 238f.
- 39 Engberg: Kærlighedshistorie (wie Anm. 28), S. 309 u. 321.
- 40 Grethe Jensen: Den unge Orla Lehmanns historiesyn. Et bidrag til forståelse af nationalliberalismens gennembrud, in: Historisk tidsskrift 85 (1985), S. 40-66, hier S. 42, Anm. 5. In Anm. 3 finden sich auch Hinweise auf die Literatur zur Charakteristik von Orla Lehmann, u. a. auf das Buch von Christian Degn: Orla Lehmann und der nationale Gedanke, Neumünster 1936, S. 231 ff.
- 41 Am 28. Mai 1831 kam die königliche Anordnung zur Errichtung von beratenden Ständerversammlungen.
- 42 Lorenz Rerup: Danmarks Historie - Slesvig og Holstein efter 1830, Kopenhagen 1982, S. 79.
- 43 Claus Björn: 1848 - Borgerkrig og revolution, Kopenhagen 1998, S. 70-83.
- 44 J. Möller: Orla Lehmanns Del i Udkastet til Junigrundloven, in: Historisk Tidsskrift, 9. R. 5 (1926/27), S. 458-462.
- 45 Björn (wie Anm. 43), S. 12f.
- 46 Vgl. Sankt Petri Kopenhagen 1575-2000 (wie Anm. 1), S. 13-21.
- 47 Hanne Engberg: En frigørelseshistorie. Margarethe Vullum 1846-1918, Kopenhagen 1994.
- 48 Hanne Engberg: En digters historie. Helge Rode 1870-1937, Kopenhagen 1996.
- 49 Zu den hier genannten Nachkommen Martin Lehmanns vgl. auch Dansk Biografisk Leksikon.

Harald W. Lauesen (1913-1989)

Ein deutsch-dänisches Maler-

leben von *FRAUKE JESSEN*

Der folgende Beitrag informiert über Leben und Werk des in Deutschland bislang unbekanntem Malers Harald W. Lauesen, der von der Überzeugung durchdrungen war, dass die Kunst die friedliche Begegnung von Deutsch und Dänisch maßgeblich fördern könne. Bei dem Text von Frauke Jessen handelt es sich um die durchgesehene Fassung des Vortrages zur Eröffnung der Ausstellung „Harald W. Lauesen. Ein deutsch-dänisches Malerleben“ am 23. September 2001 in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek. Frauke Jessen, Angehörige der deutschen Minderheit in Nordschleswig, ist Vorstandsmitglied des Kunstmuseums Brundlutul Slot in Apenrade. Zur Ausstellung erschien in der Reihe „Nordschleswiger Hefte“ ein von Katrine Kampe erarbeiteter Ausstellungskatalog, dem auch die Abbildungen zum vorliegenden Beitrag entnommen wurden.

Die Redaktion

Derzeit wird im Schloss vor Husum noch bis zum 31. Oktober 2001 die Grenzlandausstellung gezeigt, eine Kunstausstellung mit Werken dänischer und deutscher Künstler, die vorher im August in Apenrade in der Sønderjyllandshalle präsentiert worden ist. Hinter dieser Kunstausstellung steht der Zusammenschluss dänischer und deutscher Künstler, meist mit Grenzlandbezug, die seit 1970 zusammen mit deutschen und dänischen Gästen alljährlich eine Kunstausstellung in Apenrade veranstalten.

Ziel der Künstlergruppe ist es, einen lebendigen Austausch im Kunstleben des Grenzlandes zu schaffen und so ein Gegengewicht gegen das großstädtische Kunstleben in Kopenhagen

oder Aarhus zu bilden. Südlich der Grenze wird die Grenzlandausstellung erst zum zweiten Mal gezeigt und ist in Schleswig-Holstein bedauerlicherweise bisher weitgehend unbekannt geblieben, während sie in Nordschleswig also schon eine über 30-jährige Tradition vorzuweisen hat und aus dem Kunstleben der Region nicht mehr wegzudenken ist.

Einer der Initiatoren der Grenzlandausstellung und bis zu seinem Tod 1989 die treibende Kraft der Künstlergruppe war Harald Wilhelm Lauesen. Dass es gerade Harald Wilhelm Lauesen war, der sich besonders für die Begegnung dänischer und deutscher Kunst engagierte, ist in einem deutsch-dänischen Malerleben begründet, von dem hier jetzt die Rede sein soll.

Darüber hinaus wirkt Lauesens Lebensschicksal wie ein Spiegelbild der Geschichte Dänemarks und Deutschland im 20. Jahrhundert. Viele Deutsche, die sich ihrer eigenen Nationalität nur unzureichend bewusst sind oder diese sogar ablehnen, pflegen Dänemark und den Dänen mit einer gewissen Naivität zu begegnen - ich nehme mich da gar nicht aus - : In Dänemark ist alles klein, beschaulich und gemütlich und viel netter als in Deutschland. Dass die deutsch-dänischen Beziehungen um die Mitte des letzten Jahrhunderts recht ungemütlich gewesen sind und sich erst ganz allmählich verwandelt haben, zeigt Lauesens Leben. Insofern kann es Deutsche viel über das doch recht schwierige Verhältnis der Dänen zu den Deutschen lehren.

Harald Wilhelm Lauesen wurde 1913 als Sohn eines wohlhabenden Färbereibesitzers in Biebrich bei Wiesbaden geboren. Lauesens Vater stammte aus einer seit Generationen in Nordschleswig ansässigen Familie, war aber als junger Mann, wohl um 1900, ins Rheinland abgewandert. Nach dem Ersten Weltkrieg verarmt, wohnte die Familie Lauesen einige Jahre, von 1920-1924, in Schleswig-Holstein, in Achterhörn bei Wilster in Dithmarschen. Doch mit der allgemeinen wirtschaftlichen Stabilisierung der Weimarer Republik ab 1924 verbesserten sich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie Lauesen.

Man zog um nach Mainz, ein neuer Färberei betrieb wurde aufgebaut.

Harald W. Lauesen war schon als Kind eigenwillig und schwierig, erhielt daher Privatunterricht, wie mir ein Jugendfreund von ihm erzählte. Schon früh stand es für Lauesen fest, dass er Maler werden wollte, dieses Ziel verfolgte er, obwohl er von seiner Familie für diese Idee keine Unterstützung erwarten konnte. Begeistert trat er 1927 mit 14 Jahren in eine frühe Formation der Hitlerjugend ein, doch geriet er bald in Konflikt mit Parteiführern, die später einflussreiche Funktionen ausgeübt haben müssen und ihn nicht vergessen haben. Lauesen wurde aus der Organisation ausgeschlossen. Diese Episode sollte noch große Bedeutung für seine Zukunft erlangen.

Ab 1927 besuchte Lauesen die Kunst- und Gewerbeschule in Mainz, zwei Jahre die Malklasse und eineinhalb Jahre die Grafikklasse. In dieser Zeit, entweder vor oder nach dem Besuch der Mainzer Kunstschule, hatte Lauesen einige Monate Unterricht in einer privaten Kunstschule in Frankfurt bei Max Beckmann, der damals gerade die Meisterklasse am Städelschen Kunstinstitut übernommen hatte. Wegen Beckmanns harscher Unterrichtsmethoden - er pflegte sehr grob und mit beißendem Kommentar in die Arbeiten seiner Eleven hineinzukorrigieren - kam es nach wenigen Monaten zum Zerwürfnis, doch hegte Lauesen Zeit seines Lebens große Bewunderung für Beckmanns Kunst.

Danach hielt er sich eine Zeit lang als Werbegrafiker über Wasser. Von 1931 bis 1933 besuchte er die Kunstakademie in Düsseldorf und hatte Werner Heuser als Lehrer. Heuser war damals und auch nach 1945 eine wichtige Figur im Kunstleben des Rheinlandes, er wurde 1937 von den nationalsozialistischen Machthabern entlassen. Für Lauesen bedeutender war aber die Begegnung mit Paul Klee, zu dessen Kreis er Zutritt fand und der in der Kunsttheorie und in den malerischen Fertigkeiten großen Einfluss auf den jungen Lauesen ausübte. In dieser Zeit setzte Lauesen sich in seiner Kunst kritisch mit dem

Nationalsozialismus auseinander, Klee warnte ihn vergeblich vor der Gefährlichkeit dieses Tuns.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 änderten sich die Lebensverhältnisse für Lauesen entscheidend. Wohl als Reaktion auf sein Verhalten in der Hitlerjugend zogen die Behörden Lauesens deutschen Pass ein, weil die dänische Herkunft der Familie bekannt und die Staatsangehörigkeit somit zweifelhaft erschien. Lauesen war nun staatenlos, durfte sich in keiner Gemeinde Deutschlands länger als drei Tage aufhalten und lebte hauptsächlich bei verschiedenen Verwandten oder auf der Landstraße - ein Albtraum aus Angst, Armut und Rechtlosigkeit. Dieser Albtraum fand erst ein Ende, als es Lauesen 1934 gelang, nach Dänemark auszuwandern.

Aber wie war es für Lauesen überhaupt möglich, nach Dänemark auszuwandern? Die Einreisemöglichkeiten für Emigranten waren auch damals in Dänemark sehr begrenzt, die Bestimmungen für Einreise und Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen waren 1934 verschärft worden, um sich vor Flüchtlingen zu schützen. So war Dänemark mehr ein Durchgangsland für Flüchtlinge nach Schweden, England oder Übersee. 20000 bis 30000 Flüchtlinge sollen über Dänemark in andere Länder emigriert sein, nur etwa 2000 Emigranten blieben in Dänemark. Bekanntlich hat sich auch Bertolt Brecht eine Zeitlang in Svendborg „unter das dänische Strohdach“ geflüchtet, wie vor Jahren eine Ausstellung hier in der Landesbibliothek über Emigranten in Dänemark hieß. Über die Bedeutung von Pässen heißt es bei Bertolt Brecht in den Flüchtlingsgesprächen: „Der Paß ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustand wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustandkommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Paß niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.“

Lauesen gelang es Ende 1934, diesen edelsten Teil von einem Menschen, nämlich einen dänischen Pass, zu bekommen.

Aber wie? An dieser Stelle kommt ein interessantes historisches Detail der komplizierten schleswig-holsteinischen Geschichte zum Tragen, nämlich die sogenannte Optantenfrage, die Regelung eines rechtlichen Problems aus der Zeit der Einverleibung der Herzogtümer Schleswig und Holstein in den preußischen Staat nach 1867.

Lauesens Familie stammte, wie schon erwähnt, ursprünglich aus Nordschleswig, nämlich aus Brøns bei Scherrebeck. Lauesen kam 1934 während seines Herumreisens in Deutschland kurze Zeit bei Verwandten in Flensburg unter. Hier konnte er nun mit Hilfe eines Schriftstückes aus dem Staatsarchiv in Schleswig, dem heutigen Schleswig-Holsteinischen Landesarchiv in Schleswig, nachweisen, dass er aus einer Optantenfamilie stammte.

Lauesens Großvater hatte nämlich nach 1867 für Dänemark optiert, d. h. gewünscht, seinen Wohnsitz im nunmehr preußischen Nordschleswig zu behalten, aber auch die dänische Staatsangehörigkeit für sich und seine Familie zu bewahren. Harald Wilhelm Lauesen konnte nun mit Hilfe dieses alten Antrags seines Großvaters, der sich im Staatsarchiv befand und dem laut Aktenvermerk stattgegeben worden war, nachweisen, dass er die dänische Staatsangehörigkeit besaß. Daher konnte er legal nach Dänemark einwandern und sich dort niederlassen.

Das königlich dänische Konsulat in Flensburg stellte Lauesen am 15. November 1934 einen dänischen Pass aus. Dieser neu erworbene dänische Pass war für Lauesen zunächst die einzige Verbindung mit Dänemark und der Schlüssel für eine neue, gesicherte Existenz.

Besonders interessant scheint es mir, dass eine rechtshistorische Fußnote wie die Optantenfrage aus dem 19. Jahrhundert noch etwa siebzig Jahre nach ihrer Entstehung, als mit der Wiedereingliederung Nordschlewigs in Dänemark die historischen Voraussetzungen für die Optanten schon wieder entfallen waren, eine solch existenzielle Bedeutung für das Schicksal

eines Menschen haben konnte.

Harald Wilhelm Lauesen emigrierte 1934 nach Dänemark und zog nach Kopenhagen. Es war ein harter Anfang. An dieser Stelle sei bemerkt, dass Lauesen zu diesem Zeitpunkt erst 21 Jahre alt war. Er musste sich in dem ihm fremden Land zurechtfinden, Dänisch lernen, Wohnung und Arbeit suchen und hielt sich mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser. Dabei verfolgte er sein Ziel, Maler zu werden, weiter. Schon 1935 wurde er an der Kunstakademie in Kopenhagen aufgenommen und studierte in den nächsten sechs Jahren Malerei bei seinen Lehrern Sigurd Wandel und Kresten Iversen.

Bereits 1935 hatte Lauesen auch sein Ausstellungsdebüt in Kopenhagen bei der Künstler-Herbstausstellung. In den folgenden Jahren nahm er an weiteren Ausstellungen teil und hatte auch zwei Separatausstellungen. Lauesen zeigte Bilder mit politischen und existenziellen Symbolen, Landschaften, Stilleben, Porträts. Lauesens Kunst erweckte erhebliches Aufsehen - allerdings hauptsächlich negatives. Seine Farbwahl wurde als brutal empfunden, die Kunstkritiker fühlten Unbehagen bei Lauesens Kunst, sie sei fremdartig, gewalttätig, germanisch, deutsch. Doch gab es auch einige Kritiker, die ihn talentiert und seine Kunst interessant fanden. Hieran ist zu erkennen, dass nicht nur der persönliche Aufbau einer neuen Existenz im fremden Land, sondern auch der künstlerische Neuanfang als Maler deutscher Tradition in Dänemark für Lauesen sehr schwer war.

An dieser Stelle scheint es daher angebracht, das Kunstleben in Dänemark bzw. Kopenhagen etwas genauer zu betrachten. Als Beispiel dafür habe ich die Malerin Franziska Clausen ausgewählt, weil sie heute bekannter ist, aber vergleichbare Erfahrungen machen musste. Einige Jahre vor Lauesen war Franziska Clausen nach längeren Studienaufenthalten in Berlin, München und Paris Ende 1931 nach Dänemark zurückgekehrt. Franziska Clausen stammte aus Apenrade, hatte in Berlin bei Alexander Archipenko und in Paris bei Fernand Leger, dessen

Lebensgefährtin sie auch war, studiert, gehörte somit zu den frühen Konstruktivisten und hatte durchaus einen internationalen Ruf. Die Kieler Kunsthalle zeigt einige ihrer Arbeiten in der ständigen Sammlung, ebenso Louisiana, Statens Museum for Kunst in Kopenhagen, das Kunstmuseum Trapholt in Kolding und auch das Kunstmuseum Brundlund Slot in Apenrade.

Als Einstieg in die dänische Kunstszene hatte Franziska Clausen eine Separatausstellung bei Bingers Galerie in Kopenhagen. Sie hoffte, sich damit dem dänischen Kunstpublikum, den Kritikern vorstellen zu können und Kontakte zu Künstlerkollegen zu etablieren. Mit Skepsis, ja Ablehnung ihrer Kunst hatte Franziska Clausen gerechnet, aber die Ausstellung wurde zum Fiasko. Kunstpublikum und Künstlerkollegen blieben der Ausstellung fern und die Kunstkritiker reagierten mit einer Ausnahme mit Unverständnis - ihre Kunst sei zu international, gehöre nirgends hin, habe keinen malerischen Inhalt - kurz gesagt, Franziska Clausens Kunst sei nicht dänisch.

Franziska Clausen hat ihre Rückkehr nach Dänemark als eine Rückkehr in das „Land der kalten Schultern“ bezeichnet, und künstlerisch war diese Rückkehr für sie ein absoluter Bruch. Sie zog wieder nach Apenrade und hielt sich mit Porträtarbeiten über Wasser. Nur in gelegentlichen Collagearbeiten knüpfte sie an ihre konstruktivistische Phase in Berlin und Paris an. Eigentlich erst nach ihrem Tod 1986 erfuhr ihre Kunst in Dänemark eine wenn auch späte Anerkennung. Ähnlich wie Franziska Clausen stieß auch Lauesen auf Unverständnis, auf mangelndes Interesse für das Andere seiner Kunst und auf Ablehnung der fremden deutschen expressionistischen Tradition.

Aber wie sah das Kunstleben in Dänemark aus? Bis auf wenige Ausnahmen wie den ganz jungen Asger Jom, Vilhelm Freddie, Egill Jacobsen oder Harald Engberg war die dänische Kunst unpolitisch und unberührt von den Konflikten der 30er Jahre. Man beschäftigte sich mit den malerischen Herausforderungen von Farbe und Form, und die Künstler betonten mehr das Gemütliche als das Unbequeme, wie Katrine Kampe in ihrem

Artikel zu Lauesen im Katalog schreibt.

Im Unterschied zu Franziska Clausen setzte Lauesen seine künstlerische Karriere fort, doch geriet auch er in eine Schaffenskrise. Er versuchte, sich der skandinavischen Tradition anzunähern, und ließ sich von Willumsen und Edvard Munch inspirieren, wohl angeregt durch seinen Lehrer Kresten Iversen. Natürlich wurde für Lauesen, der zwar dänischer Staatsbürger war, aber sowohl in seiner Malerei als auch in seiner Sprache einen deutlichen deutschen Akzent hatte, das Leben in Kopenhagen nicht leichter, als Dänemark 1940 von Deutschland besetzt und in einen Vasallenstaat verwandelt wurde.

Aber der eigentliche Skandal, die eigentliche Auseinandersetzung um Kunst und Politik, um deutsch und dänisch stand noch bevor. 1946 schrieb der Kunsthändler und Galerist Georg Kleis an der Vesterbrogade in Kopenhagen einen Malwettbewerb aus. Aufgabe war, ein Thema aus der Zeit der Besetzung Dänemarks zu behandeln. Für den Gewinner des Wettbewerbs standen 3 000 Kronen in Aussicht, damals eine ansehnliche Summe. Als Erläuterung zur Aufgabe schrieb G. Kleis im Wettbewerbsheft:

„Jeder dänische Maler kann unabhängig von Alter oder malerischer Richtung teilnehmen ... Es soll ein Thema aus der dänischen Geschichte nach 1940 behandelt werden. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass es nicht Aufgabe des Wettbewerbs ist, Lösungen herbeizuzwingen, die sich durch ihren erzählenden Inhalt gegen die allgemeine künstlerische Auffassung der Zeit richten. Daher ist es keine Bedingung, im eigentlichen Sinne historische Ereignisse zu schildern. So sind z.B. Auswirkungen der Kriegszeit auf das Alltagsleben und die daraus erwachsenden Stimmungen und Gefühle auch würdige Themen.

Zum Wettbewerb wurde eine Ausstellung arrangiert, an der 75 Maler mit 107 Werken teilnahmen. Die Namen der Künstler waren dem Wettbewerbskomitee nicht bekannt, das aus dem Museumsdirektor Otto Andrup, Bürgermeister Arne Sundbo,

dem Museumsinspektor Lars Rostrup Boesen und dem Maler Olaf Røde bestand, Namen, die in der dänischen Geschichte und Kunstgeschichte Gewicht haben. Das Komitee wählte wegen der künstlerischen Qualität als Siegerbild das Gemälde „Der Besuch“ von Harald Wilhelm Lauesen. Es hängt auch hier in der Ausstellung.

Das Gemälde „Der Besuch“ geht wohl auf eine authentische Begebenheit in Lauesens Freundeskreises im dänischen Widerstand zurück und zeigt das Alltagsdrama des Krieges, die Reaktion einer Familie in dem Augenblick, als deutsche Soldaten das Wohnzimmer betreten. Der Vater sitzt am Tisch, der Sohn steht daneben, beide wie erstarrt. Die Mutter ist aufgestanden und kehrt der Szene den Rücken zu und wendet sich an den Betrachter, der dadurch an der angstvollen und spannungsgeladenen Atmosphäre teilhat. Möglicherweise hat Lauesen in diesem Gemälde auch eigene Erfahrungen und Ängste aus seiner Zeit als Staatenloser in Deutschland verarbeitet - die Intensität der dargestellten Haltungen und Gefühle legt es nahe.

Als das Ergebnis des Wettbewerbs in der Öffentlichkeit bekannt wurde, kam es zum Skandal, man kann sagen, zum größten Kunstkandal der Nachkriegszeit in Dänemark. Alle großen Zeitungen Kopenhagens berichteten und kommentierten über Wochen die später sogenannte Lauesen-Affäre: Nationaltidende, Berlingske Tidende, Politiken, Land og Folk, Extrabladet, Sozialdemokraten. Zugleich gab es öffentliche Stellungnahmen für und gegen Lauesen.

Den Auftakt bildete ein Interview in Berlingske Tidende mit Lauesens Lehrer an der Kunstakademie, Sigurd Wandel, dessen Berufung zum Professor 1920 zum Streik der Studenten geführt hatte und der von Poul Henningsen, dem bekannten Designer und Verfasser, als reaktionär abgelehnt worden war. Sigurd Wandel, der von 1940 bis 1943 Direktor der Kunstakademie gewesen war, äußerte sein Befremden darüber, dass ausgerechnet Lauesen den Malwettbewerb gewonnen habe,

da er ihn immer für untalentierte gehalten habe. Schwerwiegender sei jedoch, dass Lauesen aus seiner prodeutschen Haltung nie einen Hehl gemacht habe und insbesondere nach dem 9. April 1940, dem Tag der Besetzung Dänemarks, eine unnationale Gesinnung gezeigt habe. Im Übrigen habe er ihn 1941 zum Verlassen der Akademie aufgefordert, Lauesen sei daraufhin nach Deutschland gereist, wo er hingehöre, und überhaupt sei Lauesen kein dänischer Bürger. Diese Mischung aus unwahren Behauptungen, üblen Gerüchten und böswilligem Kollegenklatsch wurde am 16. November 1946 in allen Zeitungen wiedergegeben. Daraufhin drohten 27 Künstlerkollegen damit, ihre Bilder von der Ausstellung zurückzuziehen. Der in die Enge getriebene Kunsthändler Georg Kleis, der sicherlich seine Idee zu diesem Wettbewerb schon sehr bedauert hatte, vereinbarte daraufhin mit Lauesen, das Siegerbild aus der direkten Ausstellung zurückzuziehen, um nicht das gesamte Ausstellungsprojekt platzen zu lassen. Lauesen durfte das Preisgeld behalten, Kleis setzte weitere 3000 Kronen als Preisgeld aus. Die Situation war heillos verfahren, der ganze Wettbewerb eine einzige Peinlichkeit geworden. Harald Lauesen reagierte schnell, offensiv und, wie ich meine, außerordentlich geistesgegenwärtig, er forderte öffentlich in der Presse für sich ein Ehrengericht, bestehend aus Mitgliedern der dänischen Widerstandsbewegung. Doch zunächst tobte die Debatte pro und contra Lauesen. Einige Künstlerkollegen gaben öffentliche Erklärungen ab, in denen sie sich von Lauesen distanzieren und seine deutschfreundliche Haltung hervorhoben. Sie wollten keine Ausstellungswand mehr mit ihm teilen.

Doch es gab auch Verteidiger, so verbürgte sich ein Bildhauerkollege, Ib Schmede, für Lauesens persönliche, politische und nationale Integrität und hob seinen Einsatz für Flüchtlinge und Verfolgte während der Besetzung hervor.

Lauesens Lehrer an der Akademie, der Bildhauer Johannes C. Bjerg, der heute als einer der großen der dänischen Figuralplastik anerkannt ist und bei dem Lauesen seit 1945 in der

Bildhauerklasse studierte, hob die künstlerische Qualität des Siegerbildes „Der Besuch“ hervor, von der in der öffentlichen Debatte gar nicht mehr die Rede war, es ging nur um die Biographie des Malers. Bjerg fand es beschämend, wie ein talentierter junger Maler in der Öffentlichkeit verleumdet werde, er habe ihn als integren und soliden Menschen kennen gelernt. Ebenso meldeten sich Angehörige von Widerstandskämpfern gegen die deutsche Besatzung, nämlich die Familie der auf dem Gemälde dargestellten Personen, zu Wort und traten für Lauesen ein.

Auch der schon genannte Autor, Designer und Architekt Poul Henningsen - besonders bekannt durch die PH-Lampen - äußerte sich zur Lauesen-Affäre. Am 18. November 1946 schrieb er in Politiken eine Kronik (Mischung aus Kommentar und Essay) über das Verhältnis der Dänen zu den Deutschen, ausgehend von der damals wieder aktuellen Südschleswig-Frage. Von 1945 bis 1947 gab es starke Bestrebungen in der dänischen Innenpolitik, insbesondere im konservativen Lager, die Ergebnisse der Volksabstimmung von 1920 zu revidieren, die Gunst der Stunde zu nutzen und Südschleswig bis zur Eider Dänemark hinzuverleiben. Das dänische Parlament lehnte jedoch mehrheitlich diese Politik ab. Henningsen weist einerseits auf die rigide Politik gegenüber den deutschen Flüchtlingen hin, die in Lagern isoliert seien und mit denen Fraternalisierung verboten sei, andererseits seien weite Kreise geneigt, die Deutschen in Südschleswig einzuverleiben. In Dänemark herrsche die Moral der Zweckmäßigkeit, nach der der Zweck die Mittel heilige, und es gebe vielerorts den brennenden Glauben, dass es nur eine richtige Weltanschauung gebe.

„Das Paradoxe“, so schreibt Henningsen, „ist hinwiederum, dass der Gläubige all seine moralischen Dispositionen mit gewaltigem Moralisieren begleitet. Er zweifelt nicht, und er kann seine subjektiven Urteile mit der größten Unfehlbarkeit treffen, im Dienst der guten Sache. Ohne zu zögern, zieht er den Maßstab hervor oder steckt ihn weg, je nach dem ob Ver-

bündete oder Gegner zu beurteilen sind.“ Diesen Opportunismus und diese Selbstgerechtigkeit sieht Henningsen auch in der Lauesen-Affäre am Werk. Das einzige Gegenmittel sei die öffentliche Debatte.

An dieser Stelle möchte ich bei aller Empörung über die Behandlung Lauesens doch feststellen, dass eben diese öffentliche Debatte relativ objektiv verlief, es herrschte zwar ein gewisser Vorbehalt gegenüber Lauesen, aber alle Zeitungen, auch die kommunistische „Land og Folk“, von der Deutschfreundlichkeit sicher nicht zu erwarten war, druckten Lauesens eigene Äußerungen und die seiner Fürsprecher vollständig ab. Wir müssen bedenken, wir befinden uns im Jahre 1946, etwa eineinhalb Jahre nach der Befreiung von der deutschen Besetzung. Schlimmer war für Lauesen die feindselige Haltung von Lehrern und Kollegen.

Das von Lauesen geforderte Ehrengericht sprach ihn nach Anhörung der verschiedenen Parteien im September 1947 von allen böswilligen Anschuldigungen frei. Die Ironie des Geschicks wollte es, dass Lauesen noch vor der Entscheidung des Ehrengerichtes 1947 einen weiteren Preis, die kleine Goldmedaille der Kunstakademie gewann - bei anonymer Einsendung der Werke. Dies weckte neue Unruhe in der Presse und im Kopenhagener Kunstleben. 1948 gewann er die Große Goldmedaille der Kunstakademie. Der Ton der Kunstkritiker begann sich zu ändern, denn jetzt wurde neben der Ablehnung des Deutschen doch auch viel Anerkennung für das künstlerische Talent Lauesens spürbar.

Diese Auseinandersetzungen müssen für Lauesen zermürbend und nervenaufreibend gewesen sein, hinzu kamen persönliche, familiäre und ökonomische Probleme. Dies alles führte 1949 zu einem psychischen Zusammenbruch und letztlich zu einer neuen Orientierung seines Lebens. Lauesen traf seine spätere Frau, die aus Apenrade in Nordschiewig stammte. 1954 heiratete er Inge Lisa Jacobsen und zog mit ihr nach Bodum bei Apenrade, wo sie bis zum Tod Lauesens 1989 wohnten. Dort

wuchsen auch zwei Söhne auf, die wir heute hier begrüßen dürfen. Eine Begründung des Schwiegervaters von Lauesen für den Umzug nach Apenrade hat mir besonders gefallen: In Nordschleswig werde sein deutscher Akzent gar nicht auffallen, dort würden alle so sprechen.

In Bodum bei Apenrade fand Lauesen die Arbeitsruhe, derer er bedurfte, er experimentierte mit neuen Formaten und neuen Themen, wie man z.B. bei den schönen Dybvighoved-Gemälden sehen kann, jenen für Lauesen damals typischen Familienszenen in der Landschaft um Apenrade. Auch wirtschaftlich konsolidierten sich Lauesens Verhältnisse, er fand eine Anstellung als Kunstlehrer am dänischen Gymnasium in Apenrade, mehrere Mitglieder der oben erwähnten Grenzlandausstellung haben bei Lauesen Kunstunterricht gehabt.

Künstlerisch bedeutete der Umzug natürlich einen vollständigen Rückzug aus dem Kunst- und Ausstellungsbetrieb der Hauptstadt Kopenhagen und damit eine gewisse Isolierung in der Provinz. Dennoch nahm Lauesen am Ausstellungsleben teil, allerdings hauptsächlich in Jütland. Er war auf den späten Aa-Ausstellungen vertreten, Ausstellungen in den drei Städten Aarhus, Aalborg und Aabenraa, die 1953 in Aarhus begannen, 1957 erstmals nach Nordschleswig kamen und die Kunst der Metropole Kopenhagen in der Provinz zeigten.

Ansonsten waren die Ausstellungsmöglichkeiten für Künstler in Jütland und auf Fünen gering, die Kunstkritik in Kopenhagen nahm keine Notiz vom Kunstleben in der Provinz, all die großen neuen Kunstmuseen der Ämter, wie z. B. Tondern, gab es nicht, die wurden erst seit Mitte der 70er Jahre nach und nach eingerichtet. Um so bedeutender war es daher, dass 1970 der Künstlerzusammenschluss „Grenzlandausstellung“ gebildet wurde, dessen Ziel eine alljährliche, dazu noch grenzüberschreitende Ausstellung in Apenrade war und die jetzt gerade im Schloss vor Husum gezeigt wird, womit wir wieder am Ausgangspunkt meines Vortrages angelangt sind. Bis zu seinem Tod 1989 war Lauesen sozusagen die „Seele“ dieses

Künstlerzusammenschlusses und hat regelmäßig an den alljährlichen Ausstellungen teilgenommen. Seine Anerkennung als Künstler lässt sich auch daran ermesen, dass viele seiner Werke heute in öffentlichen Institutionen Nordschlewigs, in Ämtern und Schulen vertreten sind. Auch im Deutschen Gymnasium von Apenrade hängt ein Tryptichon Lauesens, das in der Ausstellung hier zu sehen ist und das zu den späten, großformatigen Werken gehört.

Jetzt, nachdem wir Lauesens deutsch-dänischem Künstlerschicksal nachgegangen sind, wird deutlich, wieso Lauesens Leben ein Spiegelbild der Geschichte Dänemarks und Deutschlands im 20. Jahrhundert ist: Harald Wilhelm Lauesen stammte aus einer dänischen Optantenfamilie in Nordschleswig, wuchs aber im Rheinland auf. Er war künstlerisch in der Lehre bei den beiden großen deutschen Künstlern Max Beckmann und Paul Klee, die nach Hitlers Machtübernahme verfolgt und in die Emigration getrieben wurden. Lauesen selbst musste nach 1933 zeitweise als Staatenloser leben und schließlich emigrieren wie Beckmann und Klee.

Auf Grund seiner Optantenherkunft konnte er dänischer Staatsbürger werden und seine künstlerische Ausbildung an der Kopenhagener Kunstakademie fortsetzen. Aber in deutscher Tradition aufgewachsen und ausgebildet zu sein und mit deutschem Akzent zu sprechen war im Kopenhagen der 30er und 40er Jahre nicht gern gesehen und gehört. Gerade was wir heute an Lauesen besonders spannend finden, dass er nämlich ein deutsch-dänischer Künstler sein wollte, wirkte damals fremdartig und suspekt. Dennoch bekam er mehrere Preise für seine Kunst. 1954 zog er nach Bodum bei Apenrade ins dänisch-deutsche Grenzland, wo deutsche und dänische Kultur zunächst gegeneinander, dann nebeneinander und jetzt weitgehend miteinander leben.

Seine Lebensgeschichte mit der Optantenfrage, die für ihn existenzbestimmend wurde, reicht vom 20. Jahrhundert weit zurück in die Preußenzeit des 19. Jahrhunderts. Ebenso weist

Lauesens besonderes Engagement für die Grenzlandausstellung unmittelbar in unsere Gegenwart und hoffentlich in die Zukunft. Es ist die Essenz seines Lebens: die persönliche und künstlerische Begegnung von Deutsch und Dänisch und das friedliche Miteinander der vormals feindlich getrennten Nachbarn.

Harald W. Lauesen war in der Kriegs- und Nachkriegszeit eine bekannte Größe in Kopenhagen. Er war ein anerkannter Künstler in Nordschleswig, aber in Deutschland ist er unbekannt. Deshalb ist es für mich als Vorstandmitglied des Kunstmuseums Brundlund Slot eine große Freude, Harald W. Lauesen erstmals einem deutschen Publikum präsentieren zu können. Und als Mitglied der deutschen Minderheit freue ich mich, die in Sonntagsreden so oft beschworene Brückenfunktion praktisch ausüben zu können, der Bund deutscher Nordschleswiger hat nämlich dankenswerter Weise den zweisprachigen Katalog finanziert. - Es ist ja nicht das erste Mal, dass eine Zusammenarbeit zwischen Brundlund Slot und Kiel stattfindet, die Ausstellung mit der Kunstsammlung Jürgen Hackers, die hier in der Landesbibliothek erstmals gezeigt wurde, war 1999 auch in Apenrade zu sehen. Und die Museumsleiterin Katrine Kampe und ich haben schon Vorschläge für weitere gemeinsame Projekte.

Literaturhinweise

- Katrine Kampe, Harald W. Lauesen 1913-1989. Etkunstnerliv/Ein Malerleben. (=Nordschleswiger Hefte. Heft 5.), Apenrade 2001. Ausstellungskatalog Kunstmuseum Brundlund Slot, Apenrade und Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Kiel 2001.
- Finn Terman Frederiksen, H. W. Lauesen, Randers 1991.
- Finn Terman Frederiksen, Franciska Clausen, Bd. 1: Udlands årene 1899-1931, Randers 1987.
- Willy Dähnhardt, Birgit S. Nielsen (Hrsg.), Exil in Dänemark: deutschsprachige Wissenschaftler und Künstler im dänischen Exil

nach 1933, Heide 1993.

Die dänische Sprache in der dänischen Minderheit

von KAREN MARGRETHE PEDERSEN

Dänisch ist als Minderheitensprache im Landesteil Schleswig offiziell anerkannt. In den Kindergärten und Schulen der dänischen Minderheit wird Dänisch gesprochen, es ist ebenfalls die offizielle Sprache der dänischen Vereine. Aber für die meisten Angehörigen der Minderheit ist Dänisch nicht ihre Umgangssprache - weder zu Hause noch im Beruf. Diese sprachliche Situation ist in einer mehrjährigen Untersuchung analysiert worden; dabei wurde der Status der dänischen Sprache sowohl innerhalb der Familie als auch der Schulen, der Vereine und in Flensburg Avis beleuchtet. Die zweibändige Untersuchung von Karen Margrethe Pedersen ist unter dem Titel „Dansk sprog i Sydslesvig“ beim Institut for grænse- regionsforskning, Aabenraa, erschienen. Die Verfasserin, Lektorin am Institut for grænseregionsforskning, stellt im Folgenden die wesentlichen Ergebnisse ihrer Analyse vor. Der Beitrag erschien unter dem Titel „Dansk i det danske mindretal“ in der vom Apenrader Grenzforschungsinstitut herausgegebenen Zeitschrift Pluk (4/2000, S. 10-16). - Im Besprechungsteil des vorliegenden Grenzfriedensheftes ordnet Eckhard Bodenstern das Werk von Karen Margrethe Pedersen wissenschaftlich und sprachpolitisch ein.

Die Redaktion

Die dänische Sprache und Kultur sind Zeichen für die Gemeinsamkeit zwischen der dänischen Minderheit in Südschleswig und Dänemark. Es ist allerdings ein Unterschied, ob Dänisch als Minderheitensprache oder als einzige offizielle Sprache eines Landes gesprochen wird. Als Minderheitensprache kann Dänisch auf den meisten gesellschaftlichen Ebenen eher selten

benutzt werden. Sie hat ihre Bedeutung in der Regel nur innerhalb des gesellschaftlichen Rahmens der Minderheit. Aber selbst hier hat die dänische Sprache im Landesteil Schleswig keine eindeutige Rolle, das zeigen die seit mehr als hundert Jahren anhaltenden Diskussionen über sprachliche Idealvorstellungen und den tatsächlichen Gebrauch des Dänischen.

Der Inhalt dieser Debatte ist jetzt durch eine Analyse zum Status der dänischen Sprache beleuchtet worden. Darin wird untersucht, wo die Mitglieder der Minderheit sich ihr Dänisch aneignen, wo sie die Sprache benutzen und auf welche Weise sich die Dänischsprechenden ausdrücken - sowohl in Hinblick auf die Aussprache als auch auf Grammatik und Wortschatz. Des Weiteren wird der sogenannte Codewechsel untersucht, also die Frage, wann man innerhalb eines Gesprächs z. B. vom Dänischen ins Deutsche und zurück wechselt.

Die Analyse umfasst auch die von der dänischen Minderheit vorgegebenen Normen, das heißt jene Regeln oder Vorstellungen, die einen Idealzustand darstellen, etwa in Bezug auf die sprachlichen Ausdrucksmittel, die man erwartet, und wann sie anzuwenden sind. In den Schulen gehen diese Normen aus den Lehrplänen der Schulen vor. Etwas anderes ist die Haltung zur Sprache. Hierbei handelt es sich um die Wertigkeit, die man mit den sprachlichen Normen verbindet, und wie man den Gebrauch der Sprache in der Wirklichkeit einschätzt. Sowohl die Normen der Sprache als auch die Haltung ihr gegenüber sind für den Status einer Sprache von Bedeutung.

Es ist also eine ganze Reihe von Umständen, die den Status der dänischen Sprache in Südschleswig ausmachen. In diesem Artikel liegt der Schwerpunkt auf der Frage, wo die Angehörigen der Minderheit Dänisch lernen, und welche Rolle die Sprache für sie spielt.

Sprache und Bewusstsein

Die Minderheit verbindet ihren nationalen Standpunkt mit der

dänischen Sprache, aber Sprachfertigkeiten im Dänischen sind nicht die Voraussetzung dafür, der Minderheit anzugehören. Auf jeden Fall nicht gegenüber den deutschen Behörden. Wer sich als Däne betrachten will, der muss von den Behörden als Däne anerkannt werden, so steht es in der Bonner Erklärung von 1955 und in der schleswig-holsteinischen Landesverfassung.

Somit ist also die dänische Gesinnung das entscheidende Kriterium. Trotzdem sind einige in der Minderheit der Meinung, dass man Dänisch können müsste, um dänisch zu sein. Diese Ansicht wird auch von einigen in Dänemark geteilt. Zugleich sind andere der Auffassung, dass man zu Hause dänisch sprechen sollte, um Däne zu sein. Wenn das aber in Südschleswig das Kriterium wäre, würde es nicht allzu viele Dänen, ja vielleicht würde es nicht einmal die Minderheit dort geben.

Dänisch als Zweitsprache

Tatsächlich hat das Dänische innerhalb der Minderheit als Haussprache nur einen sehr geringen Status. Die Wenigsten sprechen zu Hause dänisch, selbst wenn ihnen diese Sprache geläufig ist. Als Erstsprache wird von den meisten Deutsch benutzt; und diese Erstsprache ist es, die an die nächste Generation weitergegeben wird.

Dagegen erfolgt der Erwerb des Dänischen erst in den Kindergärten und Schulen der Minderheit. Diese Einrichtungen unterrichten auf Dänisch. Erwachsene können Dänisch in Kursen, die u.a. von den dänischen Schulen und der Dänischen Zentralbibliothek in Flensburg angeboten werden, lernen.

Dänisch wird dabei die Zweitsprache, die von den Mitgliedern in den Vereinen und Institutionen der Minderheit benutzt wird. Sie wird auch im Kontakt mit Dänemark angewandt. Übrigens haben auch in Dänemark verschiedene Minderheiten das Dänische als Zweitsprache, die sie außerhalb ihres Zuhauses erworben haben.

Dänisch als Erstsprache

Wenn bei Kindern Dänisch die Erstsprache ist, so ist es in der Regel auch die Erstsprache zumindest eines Elternteils. Das ist oft der Fall, wenn sie selbst, ihre Eltern oder Großeltern aus Dänemark zugezogen sind. Es kann aber auch sein, dass sie aus dem kleinen Bereich unmittelbar südlich der Grenze kommen, wo Sønderjysk Umgangssprache ist bzw. war.

In Familien mit einem Elternteil aus Dänemark und einem aus Südschleswig kann es sein, dass Kinder sowohl Dänisch als auch Deutsch als Erstsprache haben. Das beruht dann darauf, dass die Eltern jeweils in der eigenen Sprache das Kind anreden. Bei denjenigen, die zwei Erstsprachen haben, ergibt sich die freie Auswahl, welche Sprache sie weitergeben. In den Fällen mit Erst- und Zweitsprache wird es ganz natürlich die Erstsprache sein. Wenn man die Zweitsprache weitergibt, so kann das schon als eine bewusste Wahl betrachtet werden. Diese Wahl treffen in der Minderheit am ehesten diejenigen, die mit Partnern Zusammenleben, die aus Dänemark hinzugezogen sind. Sie wird aber selten getroffen, wenn beide Partner Dänisch als Zweitsprache haben.

Die Kinder, die Dänisch zuerst lernen, eignen sich Deutsch später an. Das kann über deutschsprechende Familienangehörige, die Kinder aus der Nachbarschaft oder durch die Kinder im dänischen Kindergarten geschehen. Denn auch im dänischen Kindergarten sprechen die Kinder untereinander Deutsch, während sie Dänisch von den Erziehern lernen.

Draußen und daheim

Diese sprachlichen Verhältnisse werden in der Untersuchung zur dänischen Sprache auch mit Zahlen untermauert. U.a. stammen die Daten von einer Fragebogen-Untersuchung unter Schülern der 6. Klasse, also dem letzten Jahr, bevor die Teilung erfolgt. Die Schüler stammten aus 11 Schulen, darunter waren große und kleine Schulen, Schulen auf dem Land und

im städtischen Bereich in ganz Südschleswig.

Mehr als Zweidrittel der Schüler haben Dänisch im Kindergarten und mehr als ein Zehntel in der Schule gelernt, d.h., die letzte Gruppe hat keinen dänischen Kindergarten besucht. Bei einem Fünftel sind die Dänischkenntnisse zu Hause erworben worden, einige dieser Kinder haben während ihrer Kindheit in Dänemark gelebt.

Der professionelle Aspekt

Insgesamt lernen drei Viertel der Kinder somit den Gebrauch der dänischen Sprache im Gespräch mit Erwachsenen, die ihre berufliche Stellung innerhalb der Minderheit haben. Sie sind von Berufswegen dänischsprechend. Sie sprechen Dänisch in den Institutionen der Minderheit und im dänischen Vereinswesen, aber nicht notwendigerweise zu Hause. Unter den Kindern im Kindergarten und in der Schule spielt Dänisch sozusagen keine Rolle, sie sprechen selten Dänisch untereinander.

Dieses Sprachmuster bleibt im Großen und Ganzen lebenslang das gleiche. Dänisch nimmt den höchsten Status im Gespräch mit denjenigen ein, die die offizielle Minderheit repräsentieren. Das sind die bei der Minderheit Angestellten, z. B. Erzieher, Lehrer, Pastoren, Bibliothekare, Krankenschwestern, Journalisten und andere, die eine berufliche Position innerhalb der Verwaltungs- oder Serviceeinrichtungen der Minderheit wahrnehmen. Hinzu kommen im ehrenamtlichen Bereich noch diejenigen, die Spitzenpositionen im Jugend- und Sportbereich sowie im kulturellen und politischen Vereinsleben einnehmen.

Zwei Niveaus

In den Vereinen kann nur der an die Spitze gelangen, der Dänisch kann. Das ist etwa im Vorstand des dänischen Jugendverbandes für Südschleswig (Sydslesvigs danske Ungdomsforeninger- SdU), im Südschleswigschen Verein (Sydslesvigsk

Forening - SSF) und im Südschleswigschen Wählerverband (Sydslesvigsk Vasl-gerforening - SSW) der Fall. In der Vorstandsarbeit auf lokaler Ebene ist hingegen Dänisch nicht überall Voraussetzung, wie ein Vorsitzender eines Sportvereins sagt: „Ich kann dem Vorstand ja klarmachen, dass es nunmal so ist, dass die Hälfte nicht Dänisch sprechen kann. Und wenn niemand von den Dänischsprechenden bereit ist, Aufgaben zu übernehmen, so müssen wir uns freuen, dass andere in den Vorstand kommen und einen Teil der Arbeit übernehmen.“

In anderen Zusammenhängen können allerdings auch bereits auf örtlicher Ebene Dänischkenntnisse eine Forderung bzw. eine Voraussetzung dafür sein, gewählt zu werden. Dies trifft auf einen der Kirchengemeinderäte in der Dänischen Kirche in Südschleswig (Dansk Kirke i Sydslesvig) zu, dort werden die Sitzungen auf Dänisch durchgeführt. Aber auch hier kann Deutsch bei der Kaffeepause Vorkommen, insbesondere unter denen, deren Arbeitsalltag auf Deutsch verläuft: „Ich kann das so beschreiben, wir haben einen offiziellen Teil der Sitzungen und die Pausen, in denen es eher inoffiziell zugeht, und da kann es dann sein, dass deutsch gesprochen wird - je nach der Zusammensetzung des Kirchenvorstandes. Wir haben da z. B. pensionierte Lehrer, die unterhalten sich nur auf Dänisch; der Pastor spricht selbstverständlich nur Dänisch. Aber wir haben auch Handwerker im Kirchengemeinderat, die im Alltag Plattdeutsch sprechen, und dahin wechseln sie dann auch in den Pausen. Oder es gibt so eine Art Mischung von allem. Aber wenn wir in der Sitzung sind, dann geht es auf Dänisch vor sich.“

Sprachliche Vielfalt

Insgesamt gesehen ist der Sprachgebrauch bei Sitzungen und Veranstaltungen vielfältig. Bei der einen Gelegenheit hört man nur Dänisch, bei anderen sowohl Dänisch als auch Deutsch; und es kann ganz unterschiedlich sein, welche der Sprachen

dominiert. Dänisch kann auf die Begrüßung, ein dänisches Lied und die Verabschiedung beschränkt sein. Dann gibt es vielleicht einige, die untereinander dänisch sprechen, und alles andere geht auf Deutsch vor sich.

Als Sprache der Mitglieder untereinander hat das Dänische den geringsten Status. Sobald nicht alle des Dänischen mächtig sind, wechseln viele der Zweisprachigen ins Deutsche. Diejenigen, die Dänisch als Zweitsprache gelernt haben, legen die Sprache in solchen Zusammenhängen zuweilen ganz ab, selbst wenn alle in der Lage sind, dänisch zu verstehen. Das hängt u.a. mit dem deutschsprachigen Alltag zusammen; es kann aber ebenso ein Ausdruck der Unsicherheit in der Zweitsprache sein, die dadurch entsteht, dass man das Dänische eben nicht täglich benutzt. Nur wenn man Dänisch auch an seinem Arbeitsplatz spricht, fällt es leicht, dies in der Freizeit beizubehalten. Das spiegelt sich in den Erfahrungen eines Trainers wider, der seine Ausbildung in Dänemark gemacht hat und nun in der Minderheit beschäftigt ist: „Es ist schon ziemlich schwer, zwölf bis vierzehn Stunden seines Tages in einem deutschen Umfeld zu verbringen, und dann kommen plötzlich zwei Stunden im Sportverein, und da sollst du dann bewusst eine dänische Sportstunde für die Jugendlichen durchführen. Das ist mir erst leichter gefallen, nachdem ich sprachlich sicherer geworden bin, d. h. nach meiner Ausbildung in Dänemark.“

Ein Trainer, der zu Hause dänisch spricht, kann aber auch ins Deutsche überwechseln; das kann notwendig werden, wenn einige sich damit schwer tun, Dänisch zu verstehen: „Es gibt doch einige, denen es leichter fällt, etwas zu verstehen, wenn ich sie auf Deutsch anrede. Auf diese Weise wird es zwischendurch mal recht gemischt. Obwohl ich versuche, an der dänischen Sprache festzuhalten.“

Die Erfahrung des Trainers zeigt, dass Dänisch nicht immer ausreicht; da er zweisprachig ist, wechselt er zwischendurch auch mal zum Deutschen, obgleich er es vorziehen würde, dänisch zu sprechen. Er betrachtet sich in diesem Fall nicht als

Dänischlehrer, sondern als Trainer. Deshalb ist es für ihn wichtiger, dass die Teilnehmer seine Instruktionen verstehen. Es gibt einige, die es als Problem ansehen, wenn in den Vereinen deutsch gesprochen wird. Andere sehen darin einen Ausdruck der Haltung, dass man dänisch gesinnt sein kann, ohne Dänisch sprechen zu können. Es kann aber auch ein Ausdruck dafür sein, dass die Mitglieder erst auf dem Weg sind, Dänisch zu lernen. Eine nationale dänische Gesinnung setzt nach dem Selbstverständnis vieler in der Minderheit keine dänische Sprache voraus. Diese Haltung hat der Vorsitzende des Südschleswigschen Vereins (Sydslevigsk Forening - SSF) deutlich zum Ausdruck gebracht: „Auf jeden Fall seit 1945 befinden wir uns in der Situation, dass wir immer viele Menschen hatten, die sich der dänischen Minderheit verbunden fühlten, die sich noch dazu als ganz überzeugte Mitglieder der dänischen Minderheit, man könnte sagen 150-%ige Dänen fühlten, die aber die Sprache nicht sprechen konnten. Wir haben immer, jedenfalls so lange ich zurückdenken kann - und ich bin ja hier geboren und aufgewachsen -, einen andauernden Kampf darum geführt - wir wollen es so ausdrücken dass wir die Leute dazu bringen, dänisch zu sprechen.“

Die Minderheit als Vorbild

Die sprachliche Situation der dänischen Minderheit und ihr Selbstverständnis können durchaus in die Debatte einfließen, die darüber geführt wird, was es heißt, Däne zu sein. In der Minderheit ist es möglich, akzeptiert zu werden, ohne Dänisch sprechen zu können, das gilt auch, wenn man es nicht sprechen will. Man kann ebenfalls dänisch sein, mit Dänisch lediglich als Zweitsprache.

Obwohl die Mitglieder der Minderheit sich mit der dänischen Sprache identifizieren, ist das nicht gleichbedeutend damit, dass man meint, sie selbst benutzen zu müssen. Für einige

dient die Sprache als ein nationales Symbol, wie etwa auch der Danebrog, der auch nicht täglich gehisst wird. Sie sind Dänen, aber haben über weite Strecken Deutsch als Umgangssprache.

Selbstverständnis und Identität

Dieses Selbstverständnis hängt damit zusammen, dass die Identität der Mitglieder aus vielen Schichten besteht. Eine davon enthält die kollektiven Normen und Werte, die die dänische Gesellschaft bestimmen, dazu gehört die dänische Sprache. Diese Wertewelt wird u. a. in den dänischen Schulen und kulturellen Vereinen vermittelt. Eine andere Schicht wird durch die eigenen sozialen Bindungen in der Familie, zu den Nachbarn, Arbeitskollegen und Freunden gebildet. Hier kann sich eine sprachliche und kulturelle Vielfalt widerspiegeln. Eben deshalb wird in Südschleswig traditionell sowohl Deutsch und Dänisch als auch Niederdeutsch, Friesisch und Sønderjysk gesprochen. Die Mitglieder der dänischen Minderheit haben in ihrem Alltag soziale Beziehungen sowohl innerhalb der Minderheit als auch mit der deutschen Mehrheit. In manchen Familien gehören einige der Minderheit an, andere wiederum nicht. Nachbarn und Kollegen am Arbeitsplatz sind selten ebenfalls Mitglieder der Minderheit; die dänische Minderheit wohnt nicht eng beieinander, sie hat - abgesehen von den Einrichtungen der Minderheit - auch keine spezifische Wirtschaftsstruktur mit eigenen Arbeitsplätzen. Der Freundeskreis kann sich ebenfalls aus Leuten aus der Minderheit und der Mehrheit zusammensetzen. Die Behördenvertreter, mit denen es die Mitglieder der Minderheit zu tun haben, gehören zumeist ebenfalls der Mehrheit an. Aufgrund dieser Kontaktfläche ist es von vornherein erforderlich, dass man Deutsch spricht. Als aktive Staatsbürger ist es für die meisten notwendig, Deutsch zu sprechen; das gehört somit zu den Realitäten des Alltags in einer deutschen Gesellschaft, in der die deutsche Sprache den höchsten Status hat. Von daher hat eine Reihe von Mitgliedern vielleicht gar keine

Gelegenheit, täglich Dänisch zu sprechen, wenn es nicht ihre Hausprache ist. Die Möglichkeiten hängen davon ab, inwieweit die einzelnen Mitglieder der Minderheit mit anderen aus der Minderheit in Kontakt sind und ob sie sich dann dafür entscheiden, miteinander dänisch zu sprechen. Es kann aber auch der Fall sein, dass sie trotz ihrer Zugehörigkeit zur dänischen Minderheit kein Dänisch beherrschen.

Die Minderheit lebt also sowohl mit den sozialen, kulturellen und sprachlichen Einwirkungen der Minderheit als auch der Mehrheit. Das lässt ein Dänentum entstehen, das sich anders zusammensetzt, als bei denen, die in Dänemark leben. Aufgrund dieses Unterschiedes bezeichnen sich einige der Mitglieder der Minderheit als Südschleswiger oder dänische Südschleswiger, andere hingegen bezeichnen sich als Dänen.

Übersetzung: Frank Lubowitz

1. Dialog Grenzfriedensbund

Der Grenzfriedensbund hat auf Anregung seines Vorstandsmitgliedes Rolf Fischer (GFH 1/2000, S. 55 ff.) eine Reihe von Themen festgelegt, mit denen wir die Diskussion über die Zukunft der Grenzverbände allgemein und über die Entwicklung unseres Grenzlandes im Besonderen anregen bzw. intensivieren wollen. Dazu gehört auch die Debatte über eine mögliche Herausbildung neuer Minderheiten, wie z.B. der türkischen Bevölkerungsgruppe. So haben wir ein neues Gesprächsforum gegründet, das den Rahmen für diesen Dialog abgeben wird: den „Dialog Grenzfriedensbund“.

Die erste Veranstaltung am 21. November 2001 in Flensburg hatte die Debatte über die Zukunft unserer Minderheitenpolitik zum Inhalt und befasste sich auch mit der Frage „neuer Minderheiten“. Diese Veranstaltung fand große Resonanz und brachte wichtige Impulse, wie der stellvertretende Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, Dr. Ulfv. Hielmcrone, in seinem Schlusswort feststellte.

Dazu trugen nicht zuletzt die anregenden Einführungsreferate von Rolf Fischer, Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages und Vorsitzender des dortigen Europaausschusses, und von Renate Schnack, der Minderheitenbeauftragten der Ministerpräsidentin, bei. Wir geben die Referate im Folgenden wieder. Es schloss sich eine Podiumsdiskussion an, die in eine ausführliche allgemeine Diskussion mündete. Am Podium beteiligten sich unter der Gesprächsleitung von Rolf Fischer: Ingwer Nommensen, Vorsitzender des Friesenrates, Renate Schnack, Matthäus Weiss, Landesvorsitzender des Verbandes Deutscher Sinti und Roma, und Lars Harms, MdL, vom SSW. Der Vertreter der Türkischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein hatte seine Teilnahme kurzfristig abgesagt.

Zwei Veranstaltungsberichte aus Flensburg Avis drucken wir unter der Rubrik „Echo“ im vorliegenden Grenzfriedensheft ab.

Die Redaktion

Der Grenzfriedensbund und Perspektiven der Minderheitenpolitik

von *ROLF FISCHER*

Vor wenigen Tagen veröffentlichte die Dithmarscher Landeszeitung (25.10.01) einen Bericht über das Kreistreffen des regionalen Vertriebenenverbandes und zitierte den Vorsitzenden wie folgt:

„Das Land muss aufwachen. Es ist ungerecht, dass die Sinti und Roma und die Nordfriesen weiterhin ihre Zuschüsse erhalten. Auch wenn wir es den Begünstigten gönnen, muss eine gerechte Aufteilung der Zuschüsse unter den Beteiligten gefunden werden.“

Die Wortwahl vom „erwachenden Land“ ist an sich schon fragwürdig und erinnert an schlimmste Zeiten. Und: Bei allem Verständnis für die negative Reaktion auf Haushaltskürzungen, auch der Grenzfriedensbund ist ja nicht frei davon, so zeigt doch diese Haltung zweierlei: Wer die Arbeit der Vertriebenenverbände als Teil schleswig-holsteinischer Minderheitenpolitik definiert, der hat nicht verstanden, was Minderheitenpolitik ist. Oder: Der missversteht bewusst und will hier Verbände gegeneinander ausspielen.

Für uns als Grenzfriedensbund ist dies aber nur eine Fußnote auf einer Seite, die es neu zu diskutieren gilt: Diese Seite trägt die Überschrift „Perspektiven der Minderheitenpolitik“ und enthält natürlich eine Reihe von Hinweisen auf unsere sehr erfolgreiche Minderheitenpolitik: vom Vorbild und von der Modellhaftigkeit unserer Politik im Grenzland ist häufig die Rede und dies stimmt auch.

Aber: Es hat sich - insbesondere nach der Zeitenwende von 1990 - für die Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein einiges verändert, was nicht ohne Konsequenzen bleiben wird.

Deshalb wollen wir die Debatte über die Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in Schleswig-Holstein neu beleben, und wir

wollen zumindest unseren Grenzverband in diesem Thema neu positionieren. Denn nach langjähriger erfolgreicher Politik ist es Zeit für eine Bilanz und für die Diskussion über die zukünftige Entwicklung dieses Politikfeldes in Schleswig-Holstein.

Was hat sich verändert? Was wird sich verändern? Und welche Schlüsse müssen wir als Grenzverband daraus ziehen? Um diese Fragen geht es uns. Davon handelt meine kurze Rede und darum wird es wohl auch in der nachfolgenden Diskussion gehen.

Verändert hat sich für die Minderheiten und Volksgruppen sowie für die Grenzverbände die politische, sprich: europäische Großwetterlage. Wir stellen heute fest, dass die Regelung von Minderheitenfragen und die besondere Situation von Grenzregionen in Europa angekommen sind; d.h., sowohl das europäische Parlament als auch andere europäische Institutionen haben erkannt, dass die Beantwortung dieser beiden Fragen grundlegend sind für den Ausbau des europäischen Hauses.

Die Einhaltung von Minderheitenrechten als Teil der allgemeinen Menschenrechte ist Voraussetzung für die Teilnahme an der Europäischen Union. Die Staaten in Mittel- und Osteuropa bemühen sich, die gesetzten Standards zu erfüllen: Wahrung der Identität der Minderheiten und Volksgruppen, Möglichkeiten zum Sprach-erhalt und zur Sprachförderung, kulturelle Eigenständigkeit und - dort, wo es möglich ist - Teilhabe an der politischen Gestaltung - um nur einige Aspekte zu nennen.

Dies wird - und die FUEV kann es bestätigen - zu neuen minderheitenpolitischen Aktivitäten in Europa führen. Es wird auch die Aufmerksamkeit auf die neuen Demokratien und die Regelung ihrer Minderheitenfragen lenken. In den letzten Jahren hat Schleswig-Holstein in vielen Veranstaltungen sein System der Minderheitenpolitik vorgestellt und damit die Entwicklung in den Minderheiten in Osteuropa fortschrittlich beeinflussen können. Mit zunehmender Bedeutung und größerer Selbständigkeit dieser Minderheiten aber wird diese Aufgabe für uns an Bedeutung verlieren; d. h., Schleswig-Holstein wird einen neuen -

sozusagen europäischen - Ansatz seiner Minderheitenpolitik suchen müssen, um kooperationsfähig zu bleiben

Was muss ein solcher neuer Ansatz enthalten?

1. Zum ersten: Stärkere Berücksichtigung der europäischen Ebene!

Unser Vorschlag: Schleswig-Holstein sollte in Absprache mit den Minderheitenverbänden, vielleicht sogar einschließlich der Sorben, eine Arbeitsgruppe

„Minderheitenpolitik für Europa“ bilden. In dieser Arbeitsgruppe sollte besprochen werden, wie die Minderheitenpolitik in den neuen europäischen Rahmen eingepasst wird.

Ich möchte zwei Begründungen nennen:

2. Die europäische Menschenrechtskonvention, die Sprachencharta, die neue Grundrechtecharta, andere Vereinbarungen sowie die in den nächsten Jahren zu diskutierende Europäische Verfassung werden Konsequenzen für die Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland haben. Bisher werden diese Dokumente einzeln diskutiert und bewertet; das ist etwas zu wenig. In der Arbeitsgruppe, die unter der Leitung der Minderheitenbeauftragten stehen könnte, sollte eine Gesamtschau der Chancen gegeben werden, die diese europäischen Dokumente enthalten. Dies kann z.B. zur besseren Ausnutzung von Fördermitteln führen und zu neuen Möglichkeiten, zu Pilotprojekten mit Minderheiten in Europa. Zudem scheint es für die überwiegend ehrenamtlich tätigen Minderheiten und Grenzverbände unmöglich, sich über alle potentiellen Förderprogramme zu informieren. Hier brauchen wir professionelle Hilfe.
3. In dieser Arbeitsgruppe kann besprochen werden, wie minderheitenpolitische Initiativen auf eine politische Schiene gebracht werden können, z.B. in die Ostseeparlamentarierkonferenz oder in den Ostseerat. Oder auch auf die europäische Ebene direkt. Schleswig-Holstein ist Mitglied im Ausschuss der Regionen. Dieses Gremium soll gerade re-

gionale Initiativen umzusetzen. Hier kann Schleswig-Holstein seinen Vorsprung durch unser Minderheitensystem nutzen.

4. Lassen Sie mich noch einen weiteren Punkt nennen, der nicht neu ist, aber verstärkt in den Blickpunkt geraten sollte. Seit Oktober wird auf Bundesebene öffentlich über einen Gesetzentwurf diskutiert, der die Umsetzung der Sprachencharta voranbringen soll. Der Bundesinnenminister hat diesen Gesetzentwurf vorgelegt. An sich schon ein Fortschritt, wenn wir uns der vielen Initiativen erinnern, die Minderheitenangelegenheiten auf Bundesebene voranzubringen. Zum zweiten: Die Bundesebene muss stärker als bisher eingebunden werden! Unser Vorschlag: Verstärken wir endlich die Lobby in Berlin und versuchen wir sowohl einen Ansprechpartner - unserer Minderheitenbeauftragten vergleichbar - und ein Gremium - unseren Minderheitengremien nachgebildet - in Berlin zu verankern. Die Minderheiten- und Grenzlandfragen sind längst auch „bundeszuständig“ geworden. Der Verweis auf die europäische Dimension mag als Begründung genügen.

Für uns als Grenzverband bedeutet dies, dass wir es nicht nur den neuen Grenzregionen, z. B. im Grenzland zu Polen, überlassen können, in Berlin ihre europäische und innerstaatliche Bedeutung darzustellen. Wir leben auch in einem Grenzland und auch unsere Fragen sind noch nicht beantwortet. Für die Grenzverbände wird demnach der Blick nach Berlin immer wichtiger werden.

5. Nun komme ich zu meinem dritten und letzten Punkt: „Eine Generation am Scheideweg“ titelte die FAZ vor wenigen Tagen und stellte in der Titelunterschrift die Frage „Werden die Türken eine nationale Minderheit in Deutschland wie Friesen und Sorben?“ Damit wird eine Frage aufgenommen, die u.a. die ehemalige Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave schon vor Jahren formulierte. Bei der Einbringung des Minderheitenberichtes des Landtages prog-

nostizierte sie in ihrer Rede, dass vielleicht einmal auch die Türken in Schleswig-Holstein in diesem Bericht genannt werden könnten.

Hintergrund ist die Annahme, dass durch den nun schon mehrfachen Generationenwechsel in der deutsch-türkischen Bevölkerungsgruppe heute ein besonderes Bewusstsein der Menschen entstanden ist, dass dem der anderen Minderheiten durchaus ähnlich ist: Man möchte seine Kultur, seine Sprache, seine Religion bewahren, und man ist deutscher Staatsbürger oder möchte es werden.

In der türkischen Bevölkerungsgruppe wird über diesen Status als „Minderheit“ durchaus kontrovers diskutiert. Wir aber, die wir uns mit den Perspektiven der Minderheitenpolitik auch mittel- und langfristig befassen, können diese Frage nach „neuen Minderheiten“ nicht ignorieren. Der Grenzfriedensbund hat deshalb diesen Punkt angesprochen und zur Diskussion gestellt.

Zum dritten also: Wir müssen die Diskussion über „neue Minderheiten“ führen, auch wenn erst in Zukunft eine Entscheidung fällt.

Unser Vorschlag: Diskutieren wir diese Frage heute und suchen wir auch als Grenzverband, der sich mit der kulturellen Vielfalt in Schleswig-Holstein befassen muss, den Kontakt mit diesen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes.

Dies wird auch gestützt durch Äußerungen von europäischer Ebene. So weist die OSZE darauf hin, dass nirgendwo definiert sei, wie lange eine Ethnie ansässig sein müsse, um als „traditionell“ zu gelten. Vieles spreche dafür, dass spätestens mit der ersten im Lande aufgewachsenen Generation eine Minderheit im Sinne des Rahmenabkommens des Europarates entstehe - bei den Türken also spätestens jetzt.

Das sind die drei Punkte, die ich zur Einführung gern nennen

möchte. Der Grenzfriedensbund will diese Diskussion anschieben, und wir wollen damit deutlich machen, dass Grenzverbände auch und gerade in Zeiten der Überwindung von Grenzen ihre Aufgaben haben.

„Sozial, regional, europäisch“ - drei Bereiche, denen sich der Grenzfriedensbund verbunden sieht und die sich in diesem Thema widerspiegeln.

Stichwort: Dritte Phase Minderheitenpolitik

von *RENATE SCHNACK*

Sich neuen Sichtweisen zu öffnen, neue, jedenfalls nicht gewohnte Gedanken und Ideen zuzulassen, bisher Gedachtes und Gefolgertes zu überprüfen, zu Erschütterungen und Veränderungen bereit zu sein, ist ein Prozess, der unsere festgefühten, vielleicht wohlgeordneten Denkmuster und Empfindungskategorien aufreißen, weiten, aufnahmefähig machen soll. Zu einem solchen Prozess hat uns der Grenzfriedensbund eingeladen, zu Fragen, die die rechtlichen und politischen Bedingungen betreffen, unter denen Menschen in Schleswig-Holstein ihre Rechte individuell und in Gemeinschaft wahrnehmen können.

Die langjährige, konstruktive und erfolgreiche Minderheitenpolitik des Landes soll den Ausgangspunkt bilden. Fragen nach deren Weiterentwicklung sollen mit den Repräsentanten der dänischen Minderheit, den Sinti und Roma und den Friesen hier auf dem Podium diskutiert werden. Die Nordschleswiger sind heute dabei ausnahmsweise Gäste, weil die innenpolitische Sicht im Vordergrund stehen soll. Mit der Einladung an Herrn Aykac, den Vertreter der Türkischen Gemeinschaft in Schleswig-Holstein, sollte die Diskussion erstmals - soweit ich weiß - erweitert werden um die Frage, welche Elemente der Minderheitenpolitik für nationale Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein anwendbar oder übertragbar sein könnten auf eine Politik für die sogenannten „neuen Minderhei-

ten“ in Schleswig-Holstein.

Ich persönlich halte schon diesen Begriff „neue Minderheiten“ für problematisch, aber es scheint zumindest hier in unserem Kreis ja schon eine Art Verständigung darüber zu geben. Darüber müssen wir diskutieren.

Wer „alte Minderheit“ ist, ist für Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik geklärt und festgelegt. Das klingt einfacher als es tatsächlich war. Für die UN-Menschenrechtskonvention 1979 wurde eine Minderheit wie folgt definiert:

- Eine Minderheit ist „eine numerisch unterlegene Gruppe“
- Sie nimmt in der betreffenden Gesellschaft keine „beherrschende Position“ ein.
- Sie weist ethnische, religiöse und sprachliche Besonderheiten auf, die sie von der Mehrheitsbevölkerung unterscheidet
- Die Mitglieder zeigen untereinander ein „Gefühl der Solidarität“ und den Willen, ihre kulturellen Besonderheiten zu bewahren.

Vom allgemeinen Minderheitenbegriff ist der speziellere der „nationalen Minderheit“ zu unterscheiden. 1993 lag dem Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention über Rechte im kulturellen Bereich, die insbesondere Angehörigen nationaler Minderheiten zugute kommen sollten, folgende Definition zugrunde:

Als nationale Minderheit zählt eine „Gruppe von Personen in einem Staat, die

- im Hoheitsgebiet dieses Staates ansässig und dessen Staatsbürger sind
- langjährige, feste und dauerhafte Verbindungen zu diesem Staat aufrecht erhalten
- besondere ethnische, religiöse oder sprachliche Merkmale aufweisen
- ausreichend repräsentativ sind, obwohl ihre Zahl geringer ist als die der übrigen Bevölkerung dieses Staates oder einer

Region dieses Staates

- von dem Wunsch beseelt sind, die für ihre Identität charakteristischen Merkmale, insbesondere ihre Kultur, ihre Tradition, ihre Religion oder ihre Sprache gemeinsam zu erhalten“.

Wesentliches Kriterium für die Unterscheidung einer nationalen Minderheit von einer Minderheit ist hiernach die Staatsangehörigkeit und die „langjährige, feste und dauerhafte Verbindung“.

Viele der in Schleswig-Holstein lebenden Menschen z. B. türkischer, italienischer oder polnischer Herkunft, die teilweise bereits in dritter und vierter Generation hier leben, besitzen mittlerweile auch die deutsche Staatsbürgerschaft. Dennoch werden sie nicht als nationale Minderheit betrachtet. Die Frage hier drängt sich auf: Welche Zeitspanne - drei Generationen, 500 oder tausend Jahre - kann als traditionell angesehen werden? Auch das Kriterium des angestammten Siedlungsgebietes müsste diskutiert werden.

Die Bundesrepublik hat sowohl bei der Zeichnung 1995 als auch bei der Ratifizierung 1997 des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten in einer Auslegungserklärung festgelegt:

„Das Rahmenübereinkommen enthält keine Definition des Begriffs der nationalen Minderheit. Es ist deshalb Sache der einzelnen Vertragsstaaten zu bestimmen, auf welche Gruppen es nach der Ratifizierung Anwendung findet. Nationale Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland sind die Dänen deutscher Staatsangehörigkeit und die Angehörigen des sorbischen Volkes mit deutscher Staatsangehörigkeit. Das Rahmenübereinkommen wird auch auf die traditionell in Deutschland heimischen Volksgruppen der Friesen deutscher Staatsangehörigkeit und der Sinti und Roma deutscher Staatsangehörigkeit angewendet.“

Das bedeutet, die „neuen“ Minderheiten bleiben vom Schutzbereich des Rahmenübereinkommens ausgeschlossen.

Wer einer nationalen Minderheit angehört, darüber kann der

Staat nicht entscheiden. Es gibt zwar objektive Merkmale, aber auch das individuelle Gefühl der eigenen Identität, die jemand zum Mitglied dieser Minderheit werden lässt. In Deutschland ist es ausschließlich Entscheidung des einzelnen Menschen, sich zu einer Minderheit oder zum Mehrheitsvolk zu bekennen, von Staats wegen darf dieses Bekenntnis nicht überprüft werden oder in Zweifel gezogen werden.

Der Status einer nationalen Minderheit schafft Rechte. Es gibt ein Netz von internationalen, europäischen und nationalen Regelungen, die sich auf den Schutz und zum Teil auch auf die Förderung nationaler Minderheiten beziehen: Von der Europäischen Menschenrechtskonvention über das Rahmenübereinkommen, das deutsche Grundgesetz und die Schleswig-Holsteinische Landesverfassung und bis zu mehreren Spezialgesetzen in Schleswig-Holstein.

Der Bund, die Bundesländer teilen die Auffassung der überwiegenden Zahl der Mitglieder des Europarates, dass nur sogenannte autochthone Gruppen deutscher Staatsangehörigkeit als nationale Minderheit angesehen werden. Damit ist der Begriff der nationalen Minderheit eng gefasst. Damit ist nach der gegenwärtigen Rechtslage der Kreis der nationalen Minderheiten geschlossen.

Vor diesem Hintergrund frage ich: Wer bildet „neue“ Minderheiten?

Sprechen wir heute Abend von dauerhaft eingewanderten oder eingebürgerten Mitmenschen mit türkischem, britischem oder spanischem kulturellen Hintergrund? Meinen wir Ausländerinnen mit kurz- oder langfristigem Aufenthalt? Oder Flüchtlinge, Asylsuchende, Spätaussiedler jüdische Emigranten und Emigrantinnen oder Partner/Partnerinnen in einer binationalen Ehe? Ist der Begriff Minderheit und der Status einer Minderheit überhaupt gewollt? Ist eine großzügigere Auslegung des Begriffs der nationalen Minderheit ein Weg für diese Gruppen oder soll beispielsweise das Rahmenübereinkommen für eine neue Interpretation geöffnet werden?

Oder wäre ein solches - quasi paralleles - Abkommen für die „neuen“ Minderheiten anzustreben?

Könnte ein zweites Rahmenübereinkommen den Unterschieden zwischen „alten, traditionellen“ und „neuen“ Minderheiten Rechnung tragen?

Oder müssen wir von einer Konkurrenzsituation zwischen autochthonen und allochthonen Minderheiten ausgehen?

Oder gibt es völlig andere - uns aus dem Bereich nationaler Minderheiten gar nicht geläufige - Partizipationsmodelle?

Als hätte es eine unsichtbare Regie gegeben, hat gerade gestern der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Klaus Buß, das Konzept der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten vorgestellt. Es ist hier nicht meine Aufgabe auf die Inhalte weiter einzugehen. Doch ich will erwähnen, dass der Innenminister betont hat, dass die Beteiligung der Zugewanderten an den gesellschaftlichen Debatten willkommen und als ständiger, nicht abgeschlossener Prozess der Verständigung mit der Aufnahmegesellschaft angelegt ist. Vermutlich hat er auch Abende wie diese gemeint.

Mit dieser Diskussion betreten wir offensichtlich Neuland, also müssen wir uns orientieren. So verstehe ich den heutigen Abend. Es geht um das interkulturelle Klima in Schleswig-Holstein, das wir aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten wollen.

Der Grenzfriedensbund lädt damit ein zu einem Dialog über Fragen, die mitten in den Kern moderner ziviler Gesellschaften treffen: Nämlich auf die Fähigkeit einer zivilen Gesellschaft, Menschen unterschiedlichen Geschlechts und Alters, unterschiedlicher Herkunft und Kultur gleiche Rechte zu gewähren und diese auch zu gewährleisten.

Oder wie Kurt Hamer es einmal formuliert hat: Freiheit in Vielfalt durch gleiche Rechte für alle.

Das ist das eigentliche Ziel. Wir sind in Schleswig-Holstein auf diesem Weg. Unser Tempo ist nicht konstant. Wir lassen uns auch ablenken. Aber wir verlieren die Richtung nicht aus den

Augen.

Freiheit in Vielfalt durch gleiche Rechte für alle in Schleswig-Holstein und auch darüber hinaus. Daran arbeiten wir. Dafür übernehmen wir Verantwortung. Jede an ihrem Platz und jeder mit seinen Möglichkeiten der Einflussnahme und Mitgestaltung. Das interkulturelle Klima in Schleswig-Holstein und grenzüberschreitend ist ganz entscheidend und ganz entscheidend positiv von den beiden nationalen Minderheiten nördlich und südlich der Grenze beeinflusst worden. Das liegt einerseits an den interkulturellen Kompetenzen, die Minderheiten der monokulturellen Mehrheitsbevölkerung gegenüber voraus haben und deren Einsatz für sie lebenswichtig und für die Nutznießer eine Bereicherung ist, und gilt insbesondere für die Phase bis in die 80er Jahre hinein.

Andererseits hat es politische Entwicklungen und Bedingungen auf allen Ebenen gegeben, die der Vertiefung der Verständigung sowohl zwischen Mehrheit und Minderheit, dies auch grenzüberschreitend und auch zwischen den Minderheiten, mit unterschiedlicher Tiefe und unterschiedlichem Tempo zugute gekommen sind. Eine besondere Dynamik entfalteten die 70er und 80er Jahre in Schleswig-Holstein. Mit der für uns typischen und gar nicht mal unsympathischen Verzögerung, die manchen Prozessen bei uns innewohnt, haben die enormen gesellschaftlichen Umbrüche der späten 60er Jahre Minderheiten und minderheitenpolitischen Anliegen zu neuer Aufmerksamkeit und zu neuer politischer Bedeutung verholfen. Eine Situation, die wirksam zu einer dauerhaften Sicherung von Rechten und Schutzbestimmungen genutzt werden konnte und im Ergebnis ein respektvolles Klima zwischen Mehrheit und Minderheit hervorgebracht hat. Alles natürlich nur äußerst verkürzt formuliert.

Aber es ist durchaus denkbar, dass wir uns momentan in einer vergleichbaren Situation befinden und daraus neue Schubkraft für Minderheiten und Minderheitenpolitik gemeinschaftlich entwickeln können. Beurteilen können wir es erst später in der

Rückschau auf diese Jahre.

Mittlerweile können wir in Schleswig-Holstein und grenzüberschreitend zu Dänemark auf eine langjährige, stabile und konstruktive Minderheitenpolitik zurückblicken. Das Fundament ist durchgehärtet und verträgt auch zusätzliche Aufbauten. Das Gebäude ist - um im Bild zu bleiben - ausbaufähig. Und ja bereits ausgebaut worden. Von der Grenzlandpolitik für und mit den beiden nationalen Minderheiten diesseits und jenseits der Staatsgrenze bis hin zu der reformierten, offensiven Minderheitenpolitik, die auch die Friesische Volksgruppe und die Sinti und Roma in Schleswig-Holstein schützt und fördert.

Und für die die Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Heinz-Werner Arens und der Landesregierung unter Ministerpräsidentin Heide Simonis stehen.

Rolf Fischer und Dr. Ulf von Hielmcrone als langjährige Kenner der Materie wollen nun mit uns über Form und Inhalte und auch über den Umfang und die Reichweite einer dritten Phase Minderheitenpolitik diskutieren.

Der Bund und Europa müssen - das ist sicher unser aller Auffassung - müssen ihre Dimensionen auch dafür entfalten, dass Minderheitenanliegen einen bedeutenden und angemessenen Platz einnehmen. Da beklagen wir noch Defizite, die sich - wie vorgeschlagen - am allerbesten beheben lassen, wenn alle Beteiligten wie Minderheiten und staatliche Institutionen unter Mitwirkung auch nichtstaatlicher Einrichtungen wie der FUEV sich so kooperativ wie möglich zusammentun, um Forderungen nach mehr Aufmerksamkeit und Einfluss geschlossen voranzubringen. Geschlossenheit, gemeinsame Vorgehensweisen sind aus vielerlei Gründen von Vorteil:

Unvergessen bei uns in Schleswig-Holstein sind die Grundgesetz-Initiativen von Landtagspräsidentin Lianne Paulina-Mürl und ihrer Nachfolgerin Ute Erdsiek-Rave. In ihrer Qualität gehörten diese Initiativen zu den Höhepunkten der politischen Arbeit für und mit Minderheiten. Sie lösten eine bis dahin nicht

gekannte Solidarität innerhalb der Minderheiten und Volksgruppen aus. Aber auch der Gedanke, dass es sich um ein Gemeinschaftswerk handeln muss, soll es erfolgreich sein, ist eines der guten Ergebnisse.

Es setzt sich die Auffassung durch, dass Minderheiten und Volksgruppen die Kultur und die politische Kultur des Landes prägen und an dieser Auffassung hat sich bis heute nichts geändert. Die zentrale Botschaft ist - und sie überwölbt alle Minderheiten, die „alten“ und die „neuen“: Wer Minderheiten als kulturellen Reichtum begreift, kann nur wünschen und alles daran setzen, dass sie sich behaupten können. Wer das Nebeneinander verschiedener Kulturen als Inspiration versteht, der muss daran interessiert sein, dass unterschiedliche nationale Bekenntnisse ihren legitimen Platz haben.

Wir sprechen hier nicht nur von Europas kulturellem Erbe - wir sprechen von Europas Zukunft! Deren friedliche Gestaltung wird in beträchtlichem Maße davon abhängen, inwieweit in den Staaten der Gemeinschaft - den alten und den neuen! - und vielleicht auch darüber hinaus, die Lösung der Minderheitenfragen zum Kernthema für die Gestaltung einer zivilen Gesellschaft gemacht wird. Freiheit in Vielfalt durch gleiche Rechte. Rechte gewähren und gewährleisten.

Vier Eckwerte aus der schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitikpraxis, die Rechte gewähren und Rechte gewährleisten, möchte ich abschließend unter der Fragestellung, ob sie auf andere nationale Minderheiten andernorts in Europa übertragbar wären oder als Diskussionsgrundlage für Rahmenbedingungen von „neuen“ Minderheiten gelten könnten, benennen:

- Das Land erkennt den Wert aller seiner Minderheiten an
- Es steht in ständigem Dialog mit ihnen und bietet ein Netzwerk an Personen und Institutionen dafür an
- Es gewährt und gewährleistet Schutz und Förderung
- Und es legt über die Lage der Minderheiten regelmäßig Rechenschaft ab.

Eine solche Haltung ist Ausdruck und Zeichen einer demokrati-

schen und solidarischen Kultur. Eine solche Haltung ist immer Ergebnis und Prozess zugleich.

Für mich hat die dritte Phase schon begonnen: Nach den ausschließlich national geprägten, grenzlandpolitischen Anfängen und der qualitativ und quantitativ erweiterten Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein und regional über die Grenze hinweg nach Dänemark sind wir jetzt in der Phase der Bewährung unserer Politik im nationalen Maßstab und im europäischen Vergleich. Minderheitenanliegen sind Menschenrechtsfragen, die Solidarität und Gerechtigkeit herausfordern. Da können Niederlagen und Rückschritte nicht ausbleiben. Entscheidend aber wird sein, dass wir mit Beharrlichkeit, Überzeugungskraft und in Gemeinschaft, Minderheiten und Mehrheiten, das Ziel nicht aus den Augen verlieren: Freiheit in Vielfalt durch gleiche Rechte in Schleswig-Holstein und darüber hinaus!

„Hoffentlich kommen Simonis und Regierung zur Besinnung“

Kürzungen für dänische Minderheit bedeuten „prinzipiellen Einschnitt“

APENRADE (uk) Wenn die schleswig-holsteinische Landesregierung im Zuge ihrer Beratungen und ihrer Gesetzgebung zum Landeshaushalt 2002 den Paragraphen 62 über die Gleichstellung der Privatschulen mit den öffentlichen Schulen außer Kraft setzt und damit die Zuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit auf dem seit 1998 eingefrorenen Niveau belässt, „ist das nicht allein ein momentaner, sondern ein prinzipieller Einschnitt in die Minderheitenpolitik“, hat der Generalsekretär des Südschleswigschen Vereins (SSV), Jens A. Christiansen, Flensburg, gestern dem Nordschleswiger erklärt.

„Dem schönen Reden über das deutschdänische Minderheitenmodell steht ein gänzlich anderes Bild finanzieller und ökonomischer Realität gegenüber“, sagte Christiansen. Seit der Ende 1997 getroffenen Vereinbarung zwischen Landesregierung und dänischem Schulverein, die Landeszuschüsse an die dänischen Privatschulen bis 2001 auf dem 1998er Niveau zu belassen, habe der „Dansk Skoleforening“ drei Millionen DM Einsparungen mitgetragen. Die jetzt von der rot-grünen Regierung beabsichtigte Fortschreibung dieser Stagnation bis einschließlich 2005 werde den Schulverein rund eine Million DM im Jahr kosten – Mittel, die durch weitere eigene Einsparungen bzw. durch Zuschüsse aus Dänemark auszugleichen wären.

Die dänischen Schulen seien – im Unterschied zu deutschen Privatschulen im Lande-Minderheitenschulen, „die öffentlichen Schulen der Minderheit“. „Die Sprache ist absolut die Drehscheibe des dänischen Lebens und der dänischen Kulturvermittlung. Wenn Schulen und Vereine“ das nicht tun, „dann verlieren wir den Grundgedanken“ und letztendlich die Zuschussberechtigung.

Die beabsichtigten Kürzungen der Landeszuschüsse an die dänische Minderheit belaufen sich auf durchschnittlich 15 Prozent – im Einzelfall sogar auf 44 Prozent wie beim Minderheitsbauernverband „Fælleslandboforeningen for Sydslesvig“ – im Haushaltsjahr 2002.

„Wir haben die Hoffnung, dass in den nächsten Monaten eine positive Verhandlungsatmosphäre zu schaffen ist und dass Heide Simonis und die Landesregierung zur Vernunft kommen“, mahnte Christiansen. „Da hat die Landesregierung eine sehr wichtige Aufgabe zu lösen, zumal in der Minderheitenpolitik eine höhere Perspektive liegt – insbesondere auch außenpolitisch.“ Jetzt, im 21. Jahrhundert, gebe es ein noch offeneres Europa: „Die Minderheiten sind auch ein wesentliches Element in der Europapolitik.“

Schon jetzt finanziere Dänemark als kleineres Land den größten Teil der

öffentlichen Zuschüsse an die Minderheiten in der deutsch-dänischen Grenzregion. Die Balance begann schon Mitte der 90er Jahre aus dem Gleichgewicht zu geraten. „Jetzt kippt sie noch mehr“, so Christiansen, der sich gestern zu Gesprächen bei der Zeitung und bei BdN-Generalsekretär Peter Iver Johannsen in Apenrade aufhielt.

Im Blick auf die Zuschussfragen und die angekündigten Sparmaßnahmen der Landesregierung habe der SSV Kontakt mit der dänischen Regierung aufgenommen, sagte Christiansen – auch mit der Bitte an Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen, Bundespräsident Johannes Rau bei dessen – wenig später abgesagtem – Staatsbesuch über die Minderheitensituation in der Grenzregion zu orientieren.

Natürlich könne sich die dänische Staatsregierung nicht direkt an die schleswig-holsteinische Landesregierung wenden, meinte Christiansen; über Kontakte zwischen politischen Parteien aus Dänemark und Deutschland seien hingegen Gespräche denkbar.

„Wir sind über die künftige Entwicklung besorgt“, sagte Christiansen, der seit Januar d.J. Generalsekretär ist, 1956 in Flensburg geboren wurde, seit 1966 in Vejen/Askov aufwuchs, von 1988 bis 1999 beim dänischen Arbeitgeberverband (DA) als Bevollmächtigter und Chefkonsulent tätig war und von 1993 bis 1996 als Botschaftsrat für Arbeitsmarktfragen an die dänische Botschaft in Bonn attachiert war. Seit Anfang September agiert er für die Minderheit auch als Cheflobbyist auf Christiansborg.

Der Nordschleswiger, 25.9.2001

Kleiner Grenzverkehr für dänische Patienten

NIEBÜLL (dew) Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Dänen bahnt sich nun auch im regionalen Gesundheitswesen an. Der dänische Gesundheitsminister Arne Rolighed besuchte in Begleitung von Vertretern des Amtes Sønderjylland das Kreiskrankenhaus Niebüll, um sich vor Ort über die Möglichkeiten einer Kooperation zwischen den grenznahen Häusern in Tondern und Niebüll zu informieren.

„Ich spürte im Niebüller Hospital eine gute, familiäre Atmosphäre“, fasste der Gast später seine bei einem Rundgang durch mehrere Abteilungen gewonnenen Eindrücke zusammen. Die Ausstattung der Patientenzimmer sei hervorragend, lobte der dänische Minister. Er erläuterte, dass in Dänemark die Wartelisten ein großes Problem darstellen. Kooperationen auf verschiedenen Gebieten könnten hier Abhilfe schaffen – die Zusammenarbeit sollte gefördert werden.

Beeindruckt zeigte sich Minister Rolighed von den Bereichen

Nuklearmedizin/Radiologie, der Dialyse- und Intensivstation sowie der geburtshilflichen Abteilung. Angetan hatten es ihm auch die Unfallchirurgie, die ambulanten Operationen und der in Ansätzen bereits angelaufene grenzüberschreitende Rettungsdienst. Daran bestehe großes Interesse.

Flensburger Tageblatt, 1.11.2001

Berliner Signal

(dm) Die Staatssekretärin des Bundesinnenministeriums, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, die für den leider verhinderten Innenminister Otto Schily die Festrede auf dem Deutschen Tag hielt, war früher eine kompetente, hoch geschätzte NDR-Redakteurin: sie weiß also um den Wert von Schlagzeilen, daher auch der dramaturgische Abgang in Tingleff, als sie zum Schluss ihrer Ausführungen zur Freude der deutschen Minderheit die für das Publikum überraschende Mitteilung machte, die Bundesregierung werde die Zuschüsse für die Arbeit der deutschen Volksgruppe in diesem und auch im kommenden Jahr um zusätzliche 850.000 DM erhöhen.

Da ging ein Luftzug der Erleichterung durch die volle Sporthalle, und wichtig war, dass die Staatssekretärin diese Botschaft auch in die richtigen Worte kleidete. Die Arbeit der deutschen Volksgruppe sei „sinnvoll und wichtig“, gemeinsam werde man „weiter daran arbeiten, eine qualitativ hochwertige Minderheitenarbeit im erforderlichen Umfang zu finanzieren“, betonte die SPD-Politikerin. Damit wurden die verbalen Zusagen umgesetzt, die sowohl Bundeskanzler Gerhard Schröder als auch Bundesaußenminister Joschka Fischer Vertretern des Bundes deutscher Nordschleswiger im direkten Gespräch gemacht hatten. Es hat seitdem durchaus berechtigte Zweifel gegeben. In einer dänischen Zeitung war schon mal bitter zu lesen, die Bundesrepublik Deutschland lasse mit ihren Haushaltskürzungen die deutsche Minderheit im Stich. Der Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, Hans Heinrich Hansen, zeigte vor einem Jahr an gleicher Stelle zwar „Verständnis für die besondere finanzielle Lage Deutschlands“, aber er fügte damals sehr kritisch und besorgt hinzu: „Jetzt ist eine Grenze erreicht, wo wir befürchten müssen, dass wir eines Tages nur noch als Bittsteller angesehen werden können.“

Klar, dass nicht nur dem Hauptvorsitzenden ein Stein vom Herzen fiel, als nun die Berliner Erhöhung bekannt gegeben wurde, nachdem ja schon vor einiger Zeit die schleswig-holsteinische Landesregierung einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 150.000 DM bewilligt und damit den Durchbruch Richtung Berlin ermöglicht hatte. Im „Flensburger Tageblatt“ schrieb Redakteur Frank Jung gestern treffend in einem Kommentar unter der Überschrift „Auf neuem Kurs“: „Die Entscheidung

stellt eine Trendwende in der deutschen Grenzlandpolitik dar, und der symbolische Wert dieses neuen Kurses kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. „Hansen hat zu Recht zahlreichen Politikern aus Kiel und Bonn, sowohl von der SPD als auch von CDU und von der FDP, für ihren Einsatz vor allem hinter den Kulissen gedankt, ohne den eine Kurskorrektur weder in Kiel noch in Berlin angesichts der dramatischen Haushaltslage südlich der Grenze möglich gewesen wäre. Auch auf nordschleswigscher

Seite haben viele zu diesem Erfolg beigetragen; nicht zu vergessen Generalsekretär Peter Iver Johannsen und sein für solide Haushaltsführung auch in Bonn hoch geschätzter „Finanzminister“ Hermann Heil. Der Sieg hat bekanntlich immer viele Väter, die Niederlage stets nur einen, aber zur Wahrheit gehört, dass diese zusätzlichen Mittel nicht zuletzt auch ein persönlicher Sieg des Hauptvorsitzenden sind, der sich nie mit einem Nein zufrieden gab, sondern trotz Rückschläge stets entschlossen weiter kämpfte – erfolgreich!

„Für uns ist die Zusage Verpflichtung und Ansporn zugleich“, sagte der BdN-Vorsitzende in seinen Dankesworten. Große Sprünge kann die deutsche Minderheit auch mit dem zusätzlichen Geld leider nicht machen, denn in erster Linie hohe, tarifbedingte (!) Lohnsteigerungen bei der Lehrerbesehung müssen finanziert werden, wenn wir unser hervorragendes deutsches Schulsystem in Nordschleswig aufrechterhalten wollen. Die zusätzlichen Mittel sind aber eine große Anerkennung für die deutsche Minderheit, ein unerhört wichtiges Signal aus Berlin und Kiel gerade in dieser Zeit, das auch auf dänischer Seite Beachtung finden wird. Wir sind angesichts der in den kommenden Jahren zu erwartenden Haushaltsprobleme noch nicht aus dem Schneider. Die früheren Etat-Kürzungen sind damit nicht wettgemacht.

Ohne Geld kann die deutsche Minderheit zwar ihre bisherige Arbeit nicht weiterführen, aber Geld allein macht nicht glücklich und kann auch nicht zudecken, was nach dem 20. November – übrigens ungeachtet des Wahlergebnisses notwendig sein wird: nachzudenken, auch über inhaltlich-strukturelle Veränderungen, die die Zukunft der deutschen Minderheit sichert. Auf einer neuen finanziellen Grundlage, die psychologisch als Impuls unbezahlbar ist!

Der Nordschleswiger, 6.11.2001

Die Dänen können immer weniger Deutsch

Die Szene war symptomatisch: Als Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis im Sommer den neuen Bürgermeister des dänischen Amts Sønderjylland, Carl Holst, traf, um ein Partnerschaftsabkommen zu unterzeichnen, plauderten die beiden auf Englisch. Ein neuer Ton – so lange die grenzüberschreitenden

Kontakte über Holsts Amtsvorgänger Kresten Philipsen liefen, galt Deutsch als selbstverständliche Umgangssprache. Zwar versucht Holst, die Lücke jetzt mit Sprachkursen zu schließen – doch der 31-Jährige hat anders als Mittfünfziger Philipsen aus seiner Schulzeit keine umfangreichen Kenntnisse in der Sprache des Nachbarn mitgenommen. Damit liegt er im Trend seiner Generation: Die jungen Dänen können immer weniger Deutsch.

Paradox, gemessen an der Entwicklung des Deutschland-Bildes in Dänemark. Das war unter den Eltern und Großeltern der heutigen Schüler viel schlechter, weil mit der Besetzung des Königreichs durch die Wehrmacht verbunden. Doch den Stellenwert des Fachs Deutsch auf dem Lehrplan beeinträchtigte das kaum. Heute ist Deutschland bei allen Vorbehalten ungleich besser gelitten – und doch schwindet das Interesse für sein Idiom.

„Die Amerikanisierung macht es für alles andere als Englisch immer schwerer“, hat der Vorsitzende der Deutschlehrer an dänischen Volksschulen, Georg Schjørring, beobachtet. Der Germanist aus einem nördlichen Vorort Kopenhagens untermauert seine Beobachtung mit Zahlen: Wählten 1979 in der Einheits-Volksschule noch 73 Prozent der Pennäler Deutsch als Prüffach zum Abschlussexamen nach Klasse neun oder zehn, taten dies im letzten Jahr nur noch 65 Prozent.

Und das ist nur einer von mehreren Indikatoren für die Talfahrt des Deutschen nördlich der Grenze. Die Sprache Goethes und Schillers wird zum Opfer der ausufernden Mediengesellschaft. „Die jungen Leute bekommen in ihrem Alltag immer weniger Impulse, dass es sich lohnen könnte, Deutsch zu lernen“, diagnostiziert Laila Læsøe, Chefin der Deutschlehrer an den Handelsschulen. Vor dem Zeitalter des Satelliten-Fernsehens lernten ihre Landsleute in Südjütland, auf Fünen, Lolland und Falster ganz automatisch Deutsch, weil sie die Fernsehprogramme aus der Bundesrepublik als willkommene Abwechslung zum damals einzigen dänischen Fernsehprogramm verfolgten. „Heute hingegen gibt es zusätzliche dänische Programme und ein regelrechtes Meer englischer TV Kanäle -da spielt das deutsche Fernsehen nur noch eine Nebenrolle“, beklagt Læsøe.

Dass die TV-Kenntnisse aus „Derrick“ und dem „Alten“ wegbrechen, merkt die Lehrerin aus dem jütländischen Vejle nicht nur daran, dass immer weniger Jugendliche das Fach Deutsch belegen. Spuren hinterlässt es auch im Unterrichtsniveau: „Der Wortschatz ist kleiner geworden, vor allem die Alltagsvokabeln sind weniger bekannt.“ Das Internet, meint Læsøe, hat den Rückzug noch beschleunigt: „Das bestärkt die jungen Leute erst recht in der Auffassung, der Rest der Welt sei englisch.“

Die Verbandsvorsitzende der Deutschlehrer an Gymnasien, Birgit Kastberg aus Hørsholm am Øresund, wollte den schwachen Stand des Deutschen auf der Mattscheibe in Zahlen ausdrücken. Im März, August und November 1999 wertete

sie jeweils drei Wochen lang den fremdsprachlichen Anteil des ersten dänischen Fernsehprogramms zwischen 19 und 23 Uhr aus. Am Ende reichte eine einzige Ziffer, um das Ergebnis auf den Punkt zu bringen: eine Null. „Außer Englisch kam in allen drei untersuchten Zeiträumen keine einzige ausländische Sprache vor“, ermittelte Kastberg. In einem Schreiben an die Programmdirektion forderte sie, der Sender habe die „Pflicht, ein nuanciertes Bild der Welt zu vermitteln – nicht bloß eine Hollywood-Aura“. Programmchef Jørgen Ramskov jedoch antwortete: Auf Anteile bestimmter Sprachen könne er in der eng begrenzten Hauptsendezeit keine Rücksicht nehmen. Nach Einschätzung Kastbergs ist die Krise des Deutschen „nicht nur eine Frage mangelnder Lust seitens der Schüler, sondern auch eine Frage sinkender Fähigkeiten seitens der Lehrer“. Nur die Hälfte der Deutsch-Pauker in der Volksschule, beschwert sich Kastberg, hatten Deutsch in ihrer Hochschulausbildung als Hauptfach. Entsprechend bescheiden seien ihre eigenen Maßstäbe an den Unterricht ihrer Schützlinge: „Ein Drittel der Volksschüler hat bis zur neunten Klasse nie etwas auf Deutsch schreiben müssen – das hat natürlich Folgen für die Deutschsstunden auf dem Gymnasium“, sagt Kastberg.

Dem stehen die Erfordernisse der Wirtschaft gegenüber 45 Prozent der Stellenanzeigen in den führenden Zeitungen Jyllands-Posten und Berlingske, die Kastberg über mehrere Sonntagsausgaben ausgezählt hat, verlangten Deutsch als Fremdsprache – 35 Prozent als eine von mehreren, zehn Prozent als einzige. Entsprechend vertiefen sich die Sorgenfalten beim Verband der Dänischen Industrie: „Deutschland ist mit einem Anteil von 25 Prozent Dänemarks wichtigster Export-Markt“, unterstreicht Verbands-Konsulentin Hanne Schou – „wenn wir das halten wollen, brauchen wir gute Deutschkenntnisse“. Auf's Englische auszuweichen ist für Schou keine Patentlösung. Immer wieder habe man die Erfahrung gemacht, dass das bei deutschen Geschäftspartnern nicht so gut ankomme. Außerdem würden die Schüler mit Deutschkenntnissen auch grundsätzliche Kultur- und Mentalitätskompetenz für die Bundesrepublik erwerben. Und diese seien fürs Geschäftemachen fast genau so wichtig wie reine Vokabelkenntnisse.

Flensburger Tageblatt, 13.11.2001

Erdrutsch

Die gestrige Folketingswahl endete mit einer Sensation. Es war eine erdrutschartiges Ergebnis, vergleichbar etwa mit 1973, als Glistrup und Erhard Jakobsen ins Folketing stürmten. Venstre ist erstmalig seit 81 Jahren die größte Partei im Lande, die Niederlage für Nyrup Rasmussen war vernichtend, auch wenn

er sich gestern Abend kämpferisch weigerte, über eigene Konsequenzen nachzudenken. Nyrup stellte die Vertrauensfrage, aber der Staatsmann nach dem 11. September hat sich böse verrechnet, ja, hat sogar manche seiner Parteifreunde auf Amts- und Lokalebene mit auf die Verliererstraße gezogen. Weiter so? Die bisherige Regierung ist enttäuscht vom Volk, aber das Volk wollte nicht mehr die alten Gesichter, sondern forderte Erneuerung – mit Anders Fogh Rasmussen als Supersieger an der Spitze einer neuen Venstre-Regierung. Die Wahlen hat er strahlend gewonnen, aber nun muss er beweisen, dass er auch eine Regierung und eine Politik führen kann, die auch breite Zustimmung finden kann.

Dass Venstre gemeinsam mit den Konservativen und Dansk Folkeparti die absolute Mehrheit erreicht hat, ist sicherlich nicht ganz nach seinem Geschmack, denn er hätte lieber eine Regierung mit CD und Christlichen gebildet, die sich dann eher zur Mitte orientiert hätte. Nun muss er Dansk Folkeparti als parlamentarische Grundlage stärker einbeziehen als insgeheim erhofft. Das erschwert die Regierungsarbeit, auch wenn die Radikalen gestern Abend vorsichtig Zusammenarbeit in der EU-Politik signalisierten.

Fogh Rasmussen hat alle Grund zu triumphieren, aber es war sympathisch zu sehen, wie er als Sieger ein ganz ungewohntes Wort in die Politik einbrachte: Demut!

Der Nordschleswiger, 21.11.2001

Venstre könnte selbst regieren Kresten Philipsen warnt aber davor

Als fünf Kommunen ihr Amtsergebnis noch nicht durchgegeben hatten, verließ der Wahlsieger Holst nebst Frau schon kurz nach Mitternacht von allen Seiten beglückwünscht den Amtshof und ließ u.a. einen sichtlich betrübten sozialdemokratischen Chef, Karsten Meyer Olesen, zurück, der mit acht Mandaten zwei weniger holte als bei der letzten Wahl.

Zu den ganz großen Verlierern gehörte allerdings auch die nordschleswigsche Bürgerliste, die ein Wahlbündnis mit den Radikalen abgeschlossen hatte und ihr Mandat vom letzten Mal an die Partner verlor. Bürgerlisten-Spitze Kresten Bjerre wollte das Ergebnis gar nicht kommentieren, bevor nicht die letzte Stimme ausgezählt war.

Verloren haben auch die Konservativen, deren Fraktion von zwei auf ein Mitglied halbiert wurde. SF-Spitze Bent Iversen war mit Status quo – einem Mandat – auch nicht gerade hochzufrieden, zumal Dansk Folkeparti zwei Mandate errang. Die liberale Amtsbürgerliste um Ex-FRP-Mann Jan Kørpe Christensen und Ex-DF-Folketingsmitglied Inge Refshauge hatte nicht den Hauch einer Chance.

Wo der Hase hinließ, wusste Altmeister Kresten Philipsen schon kurz nach 22.00

Uhr, als erst zwei Kommunen ihre Ergebnisse durchgegeben hatten: „Venstre holt 15 Mandate. Die absolute Mehrheit! Ich habe immer daran geglaubt, dass Carl die Stellung würde halten können, weil wir beim letzten Mal ja zwei Mandate verloren. Sollte er zwei oder drei dazu gewinnen, wäre das mehr als toll!“

Philipsen stellte angesichts der V-Übermacht aber auch gleich klar, dass es unklug wäre, alle Posten zu beanspruchen. Nun gehe es um die Kunst der Begrenzung bei den eigenen Forderungen.

Carl Holst meinte frühzeitig auf die Frage, mit wem er nun erst sprechen wolle: „Natürlich mit meinen Partnern im Wahlbündnis, die vorab keine Probleme hatten, auf mich zu zeigen. Mit der SP werde ich nicht sofort reden. Ich möchte sie ja nicht unter Druck setzen, zumal ich gestern erst lesen konnte, dass man Probleme hat, auf mich als Amtsbürgermeister zu zeigen. Das muss man eben erst klären!“ Holst sprach aber später gleich mit mehreren SP-Vertreten, die ihn strahlend beglückwünschten.

Derweil stellte Sozialdemokrat Karsten Meyer Olesen frühzeitig fest, dass „es für Carl ja sehr gut laufe“. Er hoffe aber, dass es bei Venstre vernünftige Leute gebe, die an der breiten Zusammenarbeit festhalten würden! Ob Holst das Ergebnis verdient habe? „Das muss er ja wohl, so wie er sich in den Medien hat verkaufen können!“ Derweil meinte Carl Holst: „Ich werde an meiner bisher praktizierten breiten Zusammenarbeit festhalten. Den Stil werde ich halten!“ Holst rechnete gestern Nacht mit relativ schnellen Konstituierungsabsprachen. Zu den Verlieren zählten wie gesagt auch die Konservativen. Anna Margrethe Ikast meinte lakonisch: „Was soll man dazu sagen. Wir waren sehr nah am zweiten Mandat dran!“

Der Nordschleswiger, 21.11.2001

Vier Jahre Fogh

Die Regierung Fogh-Bendtsen nähert sich mit Riesenschritten: Anfang der Woche, wobei es dem neuen Staatsminister zu Recht nicht auf Montag oder Dienstag ankommt, will der „königliche Untersucher“ der Majestätin auf Amalienborg mitteilen: Auftrag erfüllt, die VK-Regierung steht. Es hat schon mal einen Venstre-Chef namens Poul Härtling gegeben, dessen Minister bereits den Ministerfrack anprobiert hatten, der dann aber in letzter Minute kalte Füße bekam und den Regierungsauftrag wieder zurückgab damals wegen eines gewissen Mogens Glistrup. Zwar stammt Pia Kjærsgaard aus dem politischen Elternhaus des ehemaligen Z- Gurus, aber ein solches Spielchen wird sie mit Fogh nicht machen. Die Frage lautet, auf welcher Regierungsgrundlage sich Venstre und Konservative werden einigen können, und vor allem, welchen „Preis“ muss die neue bürgerliche

Regierung an Dansk Folkeparti zahlen? Wird es mit Dansk Folkeparti eine schriftliche Abmachung über die Durchführung gewisser Punkte geben, also z. B. in der Asylpolitik, in der Fürsorge für die Älteren und im Gesundheitswesen, oder wird man sozusagen mehr oder weniger frei seine Vorschläge im Parlament einbringen können? Dansk Folkeparti wird zweifelsohne auf gewisse Garantien bestehen, und da DF zur parlamentarischen Grundlage zählt und damit ja auch die rechte Mehrheit garantiert, wird Fogh vor allem anfangs auch Zugeständnisse an Pia Kjaersgaard machen müssen. Ist die Regierung aber erst im Amt, weiß auch die Vorsitzende der Dänischen Volkspartei aus Erfahrung, dass dann Drohungen in Richtung Misstrauensvotum kaum Wirkung zeigen werden. Egal wie man zu DF steht: die Politiker in ihrer angewachsenen Fraktion sind keine Anarchisten wie die frühere Glistrup-Truppe, die 1973 das Folketing eroberte und die stets unberechenbar war, als Vergleichspartner praktisch ausfiel. Mit anderen Worten keine Bauchtanzgruppe, auch wenn sich unter den neuen DF-Mitgliedern ja sogar eine Bauchtänzerin befindet. Der eventuelle Sturz einer bürgerlichen Regierung würde Dansk Folkeparti spalten, und deshalb ist die TV-Analyse von Kresten Philipsen gar nicht so falsch, dieser Regierung durchaus vier Jahre zuzutrauen. Die scharfe Kritik des Auslandes an der rechtspopulistischen Dansk Folkeparti und an einigen schlimmen Äußerungen in der Zuwanderungsdebatte des Wahlkampfes (übrigens aber nicht nur von DF) muss Fogh Rasmussen nachdenklich machen, wenn er nun gemeinsam mit Dansk Folkeparti eine strammere Ausländerpolitik im Lande durchführen will, wie es der Wahlsieger ja auch versprochen hat. Gewiss, in diesem Lande gibt es durchaus Fremdenfeindlichkeit, die ernst zu nehmen ist (gerade auch in Worten!), aber die Horrormeldungen der ausländischen Presse in diesen Tagen über Dänemark erinnern uns manchmal an Deutschland, wo ganz Deutschland im Ausland oft mit den Schreckenstaten einiger krimineller Nazis identifiziert wird. Dänemark wird – trotz mehr Einflusses durch Dansk Folkeparti – nicht vom Grundsatz des Humanismus abweichen, geschweige denn internationale Menschenrechts-Konventionen missachten. Fogh hat deshalb bereits mehrfach unterstrichen, es werde keine Rechts-Regierung geben, die extreme Positionen vertritt. Auf einem ganz anderen Blatt steht also die Notwendigkeit, manche Regeln in der Asylpolitik zu überprüfen und dort, wo Missbrauch festgestellt worden ist, auch zu korrigieren. Nichts anderes erwartet die Bevölkerung. Man erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Äußerung von Uffe Ellemann-Jensen aus dem Jahre 1998, dass, falls die Zuwanderungsprobleme nicht ernst genommen werden, Dansk Folkeparti eines Tages ihre Mandatszahl verdoppeln können. So weit ist es am Dienstag glücklicherweise nicht gekommen, aber an der heutigen Entwicklung trägt nicht zuletzt die Sozialdemokratie Mitverantwortung – und dafür ist sie vom Volk abgestraft worden! Dass ausgerechnet in den großen Kopenhagener Vorort-

Kommunen, wo der Ausländeranteil am höchsten ist, die sozialdemokratischen Bürgermeister im Gegensatz zur Landespolitik zugelegt haben, weil sie auch mit fester Hand erfolgreiche Integrationspolitik geleistet haben, muss ihrer Spitze doch zu denken geben.

Der Spielraum der neuen Regierung liegt aber nicht nur rechts. Bemerkenswert, dass auch Pia Kjaersgaard, deren Partei für ihre strikte Anti-EU-Linie bekannt ist, nicht widersprach, als Fogh Rasmussen gleich als klare Botschaft nach außen die europäische Richtung bestimmte: An der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik wird sich nichts ändern, so Fogh, der hier mit fairer Unterstützung von Sozialdemokraten und Radikalen rechnen kann. Ja, selbst SF-Chef Holger K. Nielsen bot sich im Hinblick auf Volksabstimmungen als Brücke für den Staatsminister an, der so doch mehr manövrieren kann, als am Dienstagabend noch vermutet wurde.

Der Nordschleswiger, 24.11.2001

Dänemark: Nach Rechtsruck Furcht vor Tourismus-Krise

Dänemarks Tourismus Branche befürchtet Einnahmeverluste wegen negativer Schlagzeilen über Ausländerfeindlichkeit. Der Geschäftsführer des dänischen Fremdenverkehrsamtes in Hamburg, Bruno Bedholm, meinte gestern über das starke internationale Echo auf die dänischen Wahlen mit der Ausländerpolitik als zentrales Thema: „Das ist schon ein ziemliches Minus für unser Image, wenn wir als fremdenfeindlich gelten.“

Nach dem massiven Rechtsruck bei den Wahlen hatte der neue rechtsliberale Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen erstmals einen Ausländerminister („Minister für Flüchtlinge, Einwanderer und Integration“) ernannt und Verschärfungen im Ausländerrecht angekündigt. Auch die vorher regierenden Sozialdemokraten verlangten im Wahlkampf härtere Gesetze gegen verschiedene Formen von Zuwanderung und hatten Aufsehen mit Forderungen wie der Deportation krimineller Asylbewerber auf eine einsame Insel erregt. Bedholm meinte dazu: „Ich hoffe, dass der Schrecken über das Echo zu einem schnellen Ende dieser Tendenz führt.“ Er sei überzeugt, dass die große Mehrzahl der Dänen ein unproblematisches Verhältnis zu Ausländern habe.

Dänemarks Fremdenverkehr – als zweitgrößte Wirtschaftsbranche nach der Landwirtschaft – lebt weitgehend von deutschen Besuchern, die drei Viertel aller Übernachtungen von ausländischen Urlaubern buchen.

Flensburger Tageblatt, 30.11.2001